

„Spezielle Exporte“ der DDR nach Syrien

DOKUMENT: BStU, MfS, HA XVIII, Bl. 1-53 und 83-141


Veröffentlicht durch www.bpb.de/stasi – Copyright www.bstu.de

Firma

Ort

Straße Nr.
Platz

Inhalt	Vormappe
Angefangen: 19.....	
Beendet am: 19.....	

	BStU Zentralarchiv
MfS - HA XVIII	
Nr.	7459
	Kopie BStU AR 3

SIRPEX T-Gleif-Heften (DAPat.)
Bestell-Nr. T 100/P
H. J. Helm, KG, Bürburg, Eisenberg/Thür.
V An 16 MfS G 7/4, 68

SYRIEN

BStU

000001

System

AMU, Syrien

BStU
000002

Monatsbericht 1/59

Dresden

XVIII/7

Blatt 15 zur GVS-Nr. 28/69

- Ein IM der KD Dresden-Land berichtet über seinen Aus-
landseinsatz in Syrien folgendes:

Das Büro 2 der syrischen Sicherheitsorgane verpflichtet
alle syrischen Angestellten, die in Vertretungen anderer
Länder in Syrien arbeiten, laufend Berichte über das
Verhalten ausländischer Bürger anzufertigen. Das wird
u.a. dadurch bewiesen, daß der Kraftfahrer vom techn.
Kundendienstbüro des VEB Energiebau Radebeul, mit Vor-
name [REDACTED], seine bisherige Arbeit in der ungarischen
Botschaft aufgegeben hat, weil er für das Büro 2 arbeiten
sollte.

XVIII/7

XVIII/wb.

M/69
Dresden

Zu 4.1

BStU
000003

XVII/7

Ein IM der KD Dresden-Stadt berichtete im Zusammenhang mit einer Dienstreise nach Syrien folgendes:

In Damaskus wohnt in der Nähe des alten Flugplatzes eine Frau [REDACTED] (o.ä.), diese Frau ist mit einem Syrier verheiratet. Frau [REDACTED] verzog vor ca. 10 Jahren aus Westdeutschland nach Syrien. Sie unterhält aktive Verbindungen nach Westdeutschland, da dort ein Teil ihrer Angehörigen wohnt.

XVII/7

Es finden auch gegenseitige Besuche statt. Frau [REDACTED] verschafft sich durch Dienstleistungen einen Nebenverdienst und näht unter anderem für die in Damaskus lebenden DDR-Bürger. Durch diese Tätigkeit gewinnt Frau [REDACTED] mit der Zeit einen guten Überblick über alle dort lebenden DDR-Bürger sowie über Probleme die unter den DDR-Bürgern eine Rolle spielen. Frau [REDACTED] wird als eine Frau eingeschätzt, die einen verbindlichen Eindruck hinterläßt und sehr geschäftstüchtig ist. Eine Überprüfung dieser Person erscheint angebracht.

Betr.: Messedelegation Damaskus

Anläßlich der Messe Damaskus 1964 wurde auch von GN ein Luftfilter vom VEB Luftfiltertechnik Wurzen ausgestellt. Zur Betreuung dieses Exponates forderte ich einen Kollegen des Lieferbetriebes an. Da während der Messe auch die Funktionstüchtigkeit des Exponates getestet werden sollte, wurde mir vom Lieferwerk der Kollege [REDACTED] benannt. Um nicht das Kostenlimit für die Messe zu überziehen, fuhr Kollege [REDACTED] als Dienstreisender nach Damaskus. Er traf dort am 22.8.1964 ein.

Kollege [REDACTED] montierte sein Exponat und stand dann ab Messeröffnung, 25.8.1964, der Messedelegation zur Betreuung und Beratung der Kunden zur Verfügung.

Die Messe war von 17.00 bis 22.00 Uhr geöffnet.

Ca. nach 10 Messetagen kam Kollege [REDACTED] abends zu mir und erklärte, daß er von Westdeutschen Besuchern angesprochen wurde. Mit einem jungen Mann hatte Kollege [REDACTED] eine längere Diskussion an welcher auch der Kollege [REDACTED] von DIA Chemie teilnahm. Nachdem Kollege [REDACTED] mir von der Diskussion Mitteilung gemacht hatte, wies ich ihn an, sofort dem Messedirektor Kollegen [REDACTED] zu unterrichten.

Zu einem späteren Zeitpunkt erzählte mir dann der Kollege [REDACTED] daß von dem jungen Mann unter anderem auch die Aufforderung an ihn gestellt wurde, sich zu einem Treffpunkt in einem Restaurant in Damaskus außerhalb des Messegeländes einzufinden. Kollege [REDACTED] habe darauf geantwortet, daß alle Fragen auf dem Messegelände besprochen werden können.

Über den näheren Inhalt des Gespräches machte der Kollege [REDACTED] keine Angaben.

An einem anderen Abend tauchte dieser o.g. junge Mann wieder auf unserem Messestand auf und Kollege [REDACTED] erhielt nach Rücksprache mit mir den Auftrag sofort den Messedirektor zu benachrichtigen. Dieses erfolgte auch und über den Inhalt des Gespräches berichtete Kollege [REDACTED] dem Messedirektor.

[REDACTED] 4/12.64

1171
Kogdeley

BSU
000005

2
7

Im Zusammenhang mit der völlig unzureichenden Realisierung des Vertrages 247 für die Syrische Arabische Republik ergeben sich eine Anzahl von Problemen auf dem Gebiet der Qualität der SKL-Motore sowie des Service. Diese Probleme sind auch dem Generaldirektor von Techno-Commerz weitestgehend bekannt. Von seiten des SKL wird vermutet, daß auf Grund der Reise des Gen. Sindermann nach Syrien die Fragen der Qualitätsmängel der SKL-Motore bereits bis zur Regierung durchgedrungen sind. Demzufolge wurden kurzfristig von seiten des VEB SKL Maßnahmen eingeleitet, deren Kern die Ausreise einer größeren Delegation des Betriebes am 09. 12. 74 in die Syrische Arabische Republik ist, um entsprechende Festlegungen an Ort und Stelle zu treffen.

Aus einem Reisebericht über eine Reise in der Zeit vom 15. 8. bis 22. 8. 74 nach Damaskus und andere Orte wurde bekannt, daß große Mängel an den SKL-1100 KVA-Motoren vorhanden sind. Aus Gesprächen mit syrischen Ingenieuren geht hervor, daß sie westliche Erzeugnisse befürworten und die SKL-Erzeugnisse ungünstig beurteilen.

Der Leiter der Dieselstation "Deir ez Zor", ein syrischer Diplomingenieur war über die Qualität der zwei gelieferten SKL-Dieselerzeugnisse der o. g. Type besonders erregt. Nach der Begrüßung spuckte er bei der Nennung des Namens "SKL" aus und deutete einen Fußtritt an. In englischer Sprache setzte er hinzu: "So sollte man mit den SKL-Erzeugnissen verfahren".

.BSTU

000006

Als wesentlichste Mängel führte er die

- schlechte Luftaufladung
- starke Schwingungserscheinungen und schlechte konstruktive Ausbildung der Lagerhalterungen (häufig Brüche)
- völlig unbefriedigende Laufzeit der Motore
- hohe Reparaturanfälligkeit und umfangreiche Wartungsarbeiten

an.

Durch die Stadtverwaltung wurden die Fragen gestellt, warum SKL-Motore eine so schlechte Qualität haben und warum die DDR-Seite nicht die festgelegten Termine einhält, obwohl man weiß, welche schwierige Lage bezüglich der Elektroenergie in diesem Gebiet besteht.

BStU
000007

Hauptverwaltung A
- Abteilung III -

Berlin, 3. 12. 1975
Tgb.-Nr. A/III/3212/1975/75

HA XVIII

im Hause

Probleme in den Handels- und WIZ-Beziehungen der DDR mit der SAR

In der Anlage übersenden wir Ihnen Auszüge aus einer Information, die durch Quellen unserer Diensteinheit inoffiziell erarbeitet wurde.

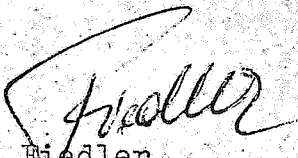
Aus den übermittelten Angaben ist ersichtlich, daß seitens imperialistischer Konzerne aktive Bestrebungen ausgehen, wirtschaftliche Positionen in der SAR zu erringen und die DDR und andere sozialistische Staaten aus solchen Positionen zu verdrängen. Von einflußreichen bourgeoisen Kreisen der SAR werden diese Tendenzen gefördert.

In der weiteren Entwicklung ist mit der Zunahme dieser Aktivitäten zu rechnen. Entsprechende inoffizielle Kenntnisse liegen uns vor.

Für die Abteilung VII der HVA wurde die Information ausgewertet.

stellv. Leiter der Abteilung III

Anlage:
4 Blatt


Fiedler
Oberstleutnant

ArtenvermerkProbleme in den Handels- und WZ-Beziehungen mit der SAR

1. Die Tendenz der Verstärkung der Aktivitäten der USA und der westlichen Länder in Syrien hält weiter an. Gleichzeitig zeigt sich immer deutlicher die Bereitschaft der syrischen Führungskräfte diese Tendenz zu unterstützen. Besonders deutlich wird das an folgenden Beispielen:

- Die USA gewährten der SAR einen Kredit in Höhe von 190 Mio US-Dollar zum Kauf von elektrotechnischen Ausrüstungen. Die Öffentlichkeit wurde über diesen Kredit nicht informiert. Gerichtet ist dieser Kredit vor allem gegen die Interessen Frankreichs und der DDR.
- Unter dem Vorwand der Notwendigkeit, die großen Projekte des neuen Fünfjahresplanes auf ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen, wurden alle Projekte gestoppt. Das betrifft auch das Projekt Warmwalzwerk, woran die DDR stark interessiert ist und was als NSW-Objekt Nr. 1 in der SAR gilt. Die Arbeit am Tender wurde mit der Begründung eingestellt, daß das vorgesehene Budget von ca. 150 Mio US-Dollar um 100 % unter den vorliegenden Angeboten bleibt. Es sei deshalb erforderlich, einen neuen Tender auszuschreiben und den Umfang der Tenderforderungen zu reduzieren. Der Auftrag für eine neue Wirtschaftlichkeitsberechnung soll der BRD übertragen werden. Gleichzeitig besteht die begründete Hoffnung, von dort auch einen Kredit für die Errichtung des Walzwerkes zu erhalten. Die endgültige Entscheidung wurde jedoch noch nicht getroffen, da damit gleichzeitig eine Verschiebung des Projektes bis zu 2 Jahren entschieden werden muß.

- Seit einiger Zeit ist auch zu beobachten, daß auch die Auseinandersetzungen rivalisierender Geschäftskreise in der SAR zunehmen. So befinden sich z. B. die beiden großen Vertreter/ Vermittler [REDACTED] und [REDACTED] zur Zeit in Schwierigkeiten wegen Steueraffären. Es existiert ein Schreiben des Finanzministeriums an die Steuerbehörde mit der Aufforderung, einige Geschäfte von [REDACTED], vor allem das Peugeot-Geschäft u. a., im Hinblick auf die Erfüllung der daraus resultierenden steuerlichen Verpflichtungen zu untersuchen. Die Sicherheitsbehörde ermittelt derzeit auch gegen [REDACTED] wegen Steuerunterschlagung. Hinter diesen Schritten gegen [REDACTED]/[REDACTED] verbergen sich Kämpfe verschiedener Interessengruppen der SAR. Nach vorliegenden Hinweisen sind es hinter dem Ministerpräsidenten Ayyoubi stehende Interessen- und Finanzgruppen, die sich dieser Methoden bedienen.

2. Gegenwärtig laufen Verhandlungen wegen der Ausrüstung der syrischen Armee mit Mercedes LKW. Dabei ist das Entgegenkommen Syriens so weit ausgeprägt, daß man erst das Geld liefert und dann die Ware anfordert. Diese Geschäftspraxis habe es in der SAR bis dato nicht gegeben und werde auch mit keinem anderen Land praktiziert. Das Geld dafür stammt aus Saudiarabien und Kuwait. Von dort kommt auch die Bedingung, keine technischen Ausrüstungen in sozialistischen Ländern zu kaufen.

Aktiver Exponent dieser Erscheinung ist der Leiter des Kfz-technischen Dienstes der syrischen Armee, Generalleutnant Sabbagh. Dieser hat in den USA studiert und offenbart offen seine Meinung gegen alles, was aus sozialistischen Staaten kommt. Nach Meinung anderer leitender Offiziere steckt er dabei hohe Provisionen ein. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß er sich in kürzester Frist ein komfortables Haus bauen ließ und eine Dederonsackfabrik erwarb.

Sabbagh fällt auch die endgültige Entscheidung betreffs der Einfuhr von W 50 aus der DDR. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn der Vertrag über die Einfuhr von W 50 für die syrische Armee zustande käme.

Der W 50 wird zur Zeit getestet. Alle vorliegenden Werte sprechen für eine Einfuhr, wie: - geringer Spritverbrauch, technisch durchkonstruiert, Geräuscharm, preiswert (für den Preis eines Mercedes LKW können ca. 2 1/2 W 50 gekauft werden).

Durch technische und leitende mittlere Offiziere wird laufend vorgeschlagen, diesen LKW einzuführen. Als Beispiel seiner Zuverlässigkeit wird dessen Rolle bei der irakischen Armee während des Oktoberkrieges angeführt. Sabbagh ist bemüht, plausible Gründe der Ablehnung des W 50 zu finden. Als wesentlichstes Argument wird die mangelnde Hitzebeständigkeit vorgebracht, trotz der Erfahrungen der irakischen Armee. Momentan wird der Fakt aufgebauscht, daß bei der Testfahrt des W 50 fingergroße Stücke aus der Bereifung gerissen wurden, obwohl bekannt sei, daß das mit unsachgemäß gelagerten Reifen zusammenhängt, die durch Sonneneinwirkung porös wurden.

Hinweise auf die Vorteile eines standardisierten Wagenparks werden bagatellisiert. Sabbagh erklärt: "Wenn ein Teil der Technik ausfällt, ist wenigstens der andere noch schlagkräftig."

3. Ähnliche Tendenzen sind im "Paradeppferd" des staatlichen Sektors der SAR, der Textilindustrie zu verzeichnen. Seit Monaten ist zu verzeichnen, daß Webeautomaten und Strickmaschinen nicht mehr aus der DDR gekauft werden, obwohl sich diese bewährt haben und die Mechaniker daran ausgebildet sind.

Gegenwärtig erfolgen verstärkte Einkäufe aus der BRD und aus Frankreich. Diese Maschinen sind wesentlich teurer, es gibt Ausfälle, da die Mechaniker an diesen nicht ausgebildet und die Bedienungsanleitungen ungenügend sind. Woher diese Weisungen hinsichtlich des Einkaufs kommen, ist nicht bekannt. Es wird jedoch vermutet, daß dies auf Initiative des technischen Direktors erfolgt, der die Entscheidungen betreffs des Einkaufs trifft.

Sein Bruder ist leitender Offizier im "syrischen Geheimdienst" und erscheint zeitweilig im Betrieb.

Da die Preise z. B. für die französischen Maschinen zu hoch lagen, gab es Reaktionen bei einigen Mitarbeitern. Das Problem wurde so gelöst, daß der Preis offiziell laut Kaufvertrag um 2 Mill. LS "gesenkt wurde"; der volle Preis gezahlt wurde und die 2 Mill. als Provision in die Tasche des technischen Direktors und seiner Hintermänner flossen.

Telegramm

BSU
000012

Absender

dames (K)

1/ von Hofmann, 2 K

Dringlichkeit

Vord

end

Geheimhaltung
Grad
Regist.-Nr.

566/77

2/ von Wankel


Ausf. Blatt


14.11

Empfänger

gen. 

dekret 69/61

1. verhaftete vermittelt in den letzten tagen successive entlassen worden. entweder gegen kaution oder durch bezahlung Steuern fuer letzte jahre. in haft weiterhin mitarbeiter ministerien und staatliche gesellschaften. darunter  sei jehra
10 tagen auch *n* frei.

2. *n* seit 8.11. auf europareise. am 11.11. in berlin und bereits *interessiert* an treffen mit genossen fritsche.
n hatte vor abreise angeblich wieder kontakte zu 



9.11.

Leipzig, 7. September 1977

APK
Syrien

BStU
000013

I n f o r m a t i o n

Der Provisionsvertreter des AHB Transportmaschinen für Landtechnik, Mr. [REDACTED] berichtete, daß kurz vor seiner Abreise am 3. Sept. 1977 von Damaskus aus, er die Information erhalten habe, daß 16 bekannte Persönlichkeiten der SAR inhaftiert worden sind.

Dabei handelt es sich um folgende Generaldirektoren:

Mr. Saeb Nahas
Generaldirektor für eine Zementfabrik, die durch die DDR errichtet wurde oder wird

der Generaldirektor der Kühlschrankfabrik
Baraelar

der Generaldirektor der staatlichen Handelsorganisation
"Union"

Als Ursache wird vom O. g. die Tatsache angesehen, daß die syrische Regierung die Masse des syrischen Volkes ablenken möchte von den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Vor allem geht es den Präsidenten der Republik Irak, A s s a d , darum, den Nachweis erbringen zu lassen über den Erwerb und die Verteilung der Bestechungsgelder. In der SAR wird selbst eingeschätzt, daß nach dieser Inhaftierung keine weiteren großen Aktionen eingeleitet werden, um weitere Korruptionsfälle aufzudecken, da nach Meinung des O. g. die höchsten Regierungsvertreter und -beamten korrupt sind.

Quelle:
Informationsbericht des AHB TM

Prillwitz
Leutnant

Leipzig, den 8. 9. 1977

Genossen Hunger zur Information

BStU

000014

Nach einer Information des Genossen [REDACTED],
DTKB Damaskus, wurde, verbunden mit Artikeln in der
syrischen Presse, Ende August 1977 eine Kampagne gegen
Korruption und Bestechung ausgelöst.

Entsprechende gesetzliche Regelungen dazu sind in Vorbereitung.
Seitens des MAH werden gegenwärtig spezifische Festlegungen
zu Verhaltensweisen vorbereitet.

Die Interessen des AHB ETEI werden lt. Aussage unseres
Vertreters in der SAR nicht berührt.

(Betrifft Ausrüstungen der Energieversorgung und -verteilung
einschließlich Kabel und Signal- und Sicherungstechnik).


Zimmermann

stellv. Generaldirektor

ET-Vertreter "ESREP" soll zum Freundeskreis
der ^{die} Untersuchung durchführenden Organe gehören
und nicht in Verdacht stehen.

Hauptbeschuldigt wäre Verh. von Jurest.

BSU
000015

Koll. P. d. h.
Koll. B. d. h.

Al-Thaura vom 2.9.1977

Die Überschrift der BA lautet:
"Inhaftierung von 16 Personen, die der unrechtmäßigen Bereicherung angeklagt werden"

Der Untersuchungsausschuß für unrechtmäßige Einkünfte hat 16 Personen verhaften lassen. Darunter eine Anzahl von Generaldirektoren von Unternehmen des staatlichen Sektors sowie einige Makler und Zwischenhändler. Außerdem faßte der Ausschuß den Beschluß, das Vermögen einiger der Inhaftierten zu beschlagnahmen, nachdem er Beweise über ihre ungesetzlichen Transaktionen erhalten hatte. Der Vorsitzende des Ausschusses versicherte, daß der Ausschuß im Rahmen seiner Kompetenzen vor keiner Maßnahme zurückzucken werde, gleich um welchen Bürger und in welcher Funktion er auch immer sei, sich handelt.

In einer Erklärung gegenüber SANA versicherte Ahmed Diab, Mitglied der Regionalleitung der ASBF und Vorsitzender des Ausschusses, daß die Verhaftung der erwähnten Bürger im Interesse der Absicherung der weiteren Ermittlungen und auf der Basis des Dekretes Nr. 60 erfolgte. Diab fügte hinzu, daß sich unter den Inhaftierten keine Händler befinden, sondern Makler und Zwischenhändler.

Die seit 1965 geltenden Bestimmungen verbieten den offiziellen Institutionen, mit Maklern und Zwischenhändlern sowie auch mit Vertretern (agents) zusammenzuarbeiten. Die gleichen Bestimmungen verpflichten die ausländischen Unternehmen, - das gilt für Importverträge dieser ausländischen Unternehmen und Kooperationsverträge - eine Verpflichtungserklärung abzugeben, daß diese Gesellschaften keinen in Syrien ansässigen Vertreter oder Agenten haben und daß die SAR nicht in den Zuständigkeitsrahmen eines anderen Vertreters fällt.

Die inhaftierten Zwischenhändler konzentrierten sich in ihrer Tätigkeit darauf, aus ihren Beziehungen mit ausländischen Unternehmen für sich maximalen Nutzen zu ziehen.

Damit traten sie im Namen ihres Landes auf und verursachten für Syrien zusätzliche finanzielle Verpflichtungen. Sie antworteten die Funktion des privaten Sektors, dem unsere Partei und unsere Regierung die Möglichkeit gegeben hatte, bei Wahrung der führenden Rolle des staatlichen Sektors, eine aktive Rolle im Rahmen der Entwicklungspläne zu spielen.

Diab sagte weiter, daß die Verhaftung im Ergebnis der Ermittlungen erfolgte, um dem Ausschuß die Weiterführung der Untersuchungen zu ermöglichen...

Zur Beschlagnahme des Vermögens einiger der Verhafteten sagte Ahmed Diab:

"Das Dekret Nr. 60, ein Erlass des Präsidenten, enthält keine Bestimmung über die Ausfuhr von Kapital. Die Verfassung schützt das Eigentum und verbietet die Ausfuhr von Kapital ohne offizielle Genehmigung. Da dies jedoch nicht eingehalten wurde, sah sich der Ausschuß zu der Maßnahme gezwungen, das Vermögen einiger der Verhafteten vorbeugend zu beschlagnahmen... Da der Ausschuß seine Ermittlungen noch nicht abgeschlossen hat, mußte er mit diesen Rechtsmitteln das Vermögen schützen und verbieten, daß damit weiter gearbeitet wird. Diese Maßnahme ist vorläufig, bis entsprechend den Gesetzen generelle Verfügungen über die vorbeugende Beschlagnahme von Vermögen erlassen werden."

Auf eine Frage nach dem weiteren Schicksal der Verhafteten sagte Diab, daß der Ausschuß zunächst seine Ermittlungen abschließen wird und danach der Fall einem ordentlichen Gericht übergeben wird. Dort haben die Betroffenen alle Rechte auf eine Verteidigung oder Niederschlagung des Verfahrens, wenn sich nicht ausreichende Beweise für ein vorliegendes Vergehen finden lassen. Der Ausschußvorsitzende versicherte, daß die Inhaftierten anständig behandelt werden und keinerlei Maßnahmen ausgesetzt sind, die den Gesetzen widersprechen. Abschließend sagte Diab:

"Die verhafteten Makler und Zwischenhändler haben nicht mit dem Staat zusammengearbeitet und nicht die geltenden Finanzbestimmungen über Verträge eingehalten, die der Staat mit ausländischen Gesellschaften abgeschlossen hat, und dementsprechend auch keine Vermögenssteuern gezahlt."

Er versicherte, daß der Ausschuß entschlossen ist, seine Mission zu erfüllen. Er lege großen Wert auf eine ehrliche und gewissenhafte Zusammenarbeit mit allen Bürgern, denen Fälle von unrechtmäßigen Einkünften bekannt sind.

Berlin, den 21.2. 1978

Land: Syrische Arabische
Republik

Messestand: Halle 15

BStU

000017

Begrüßung durch: Botschafter Khusa'e Melly
- Standleiter

1. Planaufgaben in Mio VM

	<u>Staatliche Auflage 1978</u>	<u>Verträge 1978 per 31.1.1978</u>
Export	278,7	187,4 = 67,2 %
Import	90,0	62,2 = 69,4 %

2. Wichtige Probleme in den handelspolitischen Beziehungen

2.1. Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen

- Der Warenaustausch hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt.

Der Anteil von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie am Export in den letzten Jahren beträgt 92. - 97 %.

Beim Import dominiert Erdöl mit ca. 80 - 85 %.

BStU

000018

- 2 -

- Die Tagungen des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/SAR nahmen insgesamt auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen günstigen Einfluß.
 - . 1. Tagung April 1975
 - . 2. Tagung April 1977
 - . Treffen der Vorsitzenden des GWA DDR/SAR Dezember 1977

- Mit den 1975 abgeschlossenen Abkommen über den Handel und die Umstellung des Zahlungsverkehrs (Basis konvertierbare Devisen) sind langfristig gültige Abkommensgrundlagen geschaffen.

1975 wurde weiterhin ein Abkommen über die Gewährung eines Regierungskredites (72 Mio US-\$ = 180 Mio VM) unterzeichnet, das mit 46 Mio US-\$ vertraglich ausgelastet ist. 26 Mio US-\$ sind für ein Objekt (220-kV-Schaltstationen) reserviert.

- Durch die zielstrebige Marktarbeit und die Gewährung von kommerziellen und Regierungskrediten konnte die DDR gegenüber der Konkurrenz auf ausgewählten Gebieten entscheidende Marktpositionen erreichen.

Das betrifft insbesondere:

 - Anlagen der Zementindustrie (ca. 80 %)
 - Getreidemühlen (ca. 90 %)
 - Starkstromausrüstungen für die Landelektrifizierung 66 und 220 kV (ca. 80 - 90 %)

Die Zusammenarbeit mit den Industrieorganen dieser Zweige der SAR hat einen guten Stand erreicht.

- Die DDR verfügt seit Jahren über eine relativ marktwirksame eigene Absatzorganisation der Maschinenbauindustrie der DDR in der SAR (10 technische und Kundendienstbüros). Damit sind Voraussetzungen gegeben, auch die perspektivischen Aufgaben zu lösen.

BStU

000019

- 3 -

2.2. Probleme der Außenhandelsbeziehungen DDR/SAR

- Die SAR ist ein rohstoffarmes Land und für die Realisierung des Industrialisierungsprogramms auf ausländische Finanzierungshilfen angewiesen.
- Durch eine Vielzahl negativ wirkender Einflussfaktoren wie Einstellung der Erdölleitung (Irak - Mittelmeer 1975, Ausfall von Einnahmen aus dem Erdöltransport), Einstellung der preisgünstigen Erdöllieferungen des Irak ab 1975 an die SAR, Rückgang des Tourismus, Reduzierung der zugesicherten Finanzhilfen der reichen erdölarabischen Staaten, Verschuldung aus Kreditinanspruchnahmen, befindet sich die SAR in einer prekären Finanzsituation. Finanzseitige Auslandsverpflichtungen werden durch die SAR jedoch relativ korrekt erfüllt.
- Die Finanzlage führte
 - zu Verzögerungen bei der Errichtung vertraglich vereinbarter Objekte
 - zur Zurückstellung ausgewählter Objekte des Fünfjahrplanes 1976 - 1980 (u. a. Warmwalzwerk, Telefonnetz 200.000 Anschlüsse)
 - wiederholt zu massiven Forderungen an Auslandspartner (an die DDR anlässlich Verhandlungen im Rahmen des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/SAR im Dezember 1977) zur Gewährung von Krediten zu äußerst günstigen Bedingungen
- Das gesetzlich festgelegte System internationaler Ausschreibungen beim Import von Anlagen und Ausrüstungen wird von der SAR nach strengen Maßstäben angewandt. Seit etwa Mitte 1977 hat es keine nennenswerten Vertragsabschlüsse gegeben (Ausnahme bildet ein Vertrag Starkstromausrüstungen mit 75 Mio VM). Die SAR-Seite zeigt eine passive Haltung in Verhandlungen auf kommerzieller Ebene und verzögert innerstaatliche Ratifizierungsverfahren.

BSU

000020

- 4 -

3. Geplante weitere Entwicklung der handelspolitischen Beziehungen

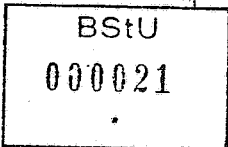
Die Gestaltung der Beziehungen hat sich auf folgende Aktivitäten zu konzentrieren:

- Entscheidungen der DDR hinsichtlich der Gewährung langfristiger Kredite zu günstigen Bedingungen in einer Größenordnung, die den perspektivischen Exportabsichten bei Anlagen und Ausrüstungen Rechnung trägt und kurzfristiger Abschluß entsprechender Kreditabkommen.
- Durchführung der Tagungen der Arbeitsgruppen "Industrie" und "Landwirtschaft" sowie der 3. Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/SAR Anfang April 1978 bei weiterer Profilierung der perspektivischen Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet ausgewählter Zweige
 - . Zementindustrie
 - . Landelektrifizierung 66, 230 und 400 kV
 - . Nachrichtentechnik
 - . rollendes Eisenbahnmateriale
 - . Signal- und Sicherungstechnik
 - . Ausbildungszentren
 - . Reparaturstation
 - . landwirtschaftliche Objekte
- Gestaltung einer direkten Zusammenarbeit zwischen den Außenhandels- und Industrieorganen beider Länder auf der Grundlage von Industriezweigvereinbarungen.

4. Teilnahme der SAR an Leipziger Messen

4.1. Die SAR beteiligt sich seit 1962 mit einer Kollektivausstellung an den Leipziger Frühjahrmessen (ca. 100 qm).
Ausstellungsprofil:

- Erzeugnisse der Textilindustrie u. a. Stoffe, Oberbekleidung, Brokat



- Teppiche
- Intarsienmöbel
- Kunsthandwerk, Metall, Holz
- Industrieerzeugnisse aus Lizenzproduktion
(Fernseengeräte, Herde, Kühlschränke, Haushaltswaren)
- landwirtschaftliche Produkte (Getreide, Hülsenfrüchte, Trockenfrüchte, Baumwolle, Tabak.)

4.2. Die Generalorganisation der Textilindustrie der SAR ist traditioneller Aussteller an der Leipziger Herbstmesse.

Für einen Seidenteppich 1974, Wollstoff 1975, Möbelbezugsstoff 1977 wurden Goldmedaillen verliehen.

5. Anwesende Gesprächspartner

Der unter "Begrüßung" Seite 1 genannte Personenkreis.

6. Gesprächsthemen

- Es ist der Wunsch zum Ausdruck zu bringen, die Beziehungen zwischen der DDR und der SAR besonders auf wirtschaftlichem Gebiet zum beiderseitigen Vorteil kontinuierlich weiterzuentwickeln.
- Der Gemeinsame Wirtschaftsausschuß sollte genutzt werden, um die perspektivischen Vorhaben konkret zu vereinbaren, um damit Voraussetzungen für eine langfristige Zusammenarbeit zu schaffen.
- Es sollte angestrebt werden, die direkte Zusammenarbeit zwischen den kommerziellen Partnern zu fördern mit dem Ziel, über abgestimmte Objekte baldmögliche Verträge abzuschließen.
- Die regelmäßige Beteiligung der SAR an der LFM kann positiv gewertet werden.
Die DDR beteiligt sich mit einer Kollektivausstellung seit 1953 an der Internationalen Messe Damaskus (1978 - 25jähriges Jubiläum der Messe).

BStU

000022

*Arbeits
Syrien*

Hauptabteilung XVIII/7

Leipzig, 16. 3. 78
Ha/Rie

Treff: 15. 3. 78
GMS: "Kuno"
Ort: Astoria
Zeit: 17.00-18.30 Uhr

entgegen gen.: Hartung, Hptm.

B e r i c h t über den Besuch der Partei- und Staatsführung
bei ausgewählten Entwicklungsländern auf der LFM Halle 16

Etwa 4 Wochen vor Beginn der Messe wurde durch zentrale Festlegungen 4 Länder zum Besuch ausgewählt. Es waren die Völkdemokratische Republik Jemen, Irak, Syrien. Bei den Kollektivausstellungen war zur Begrüßung der Botschafter des jeweiligen Landes anwesend. Ich hatte selbst Gelegenheit mit dem Botschafter der syrischen arabischen Republik in Auswertung dieses Besuchs zu sprechen. Er brachte seine hohe Wertschätzung für diesen Besuch aus, insbesondere durch die Tatsache, daß eine solch hochrangige Partei- und Staatsdelegation der syrischen arabischen Republik am Kollektivstand einen Besuch erstmalig abgestattet hat.

Es wird als Ausdruck der Wertschätzung der freundschaftlichen Beziehungen, insbesondere auch auf ökonomischem Gebiet gewertet. Der Botschafter nahm Bezug auf den im Dezember 1977 durchgeführten Besuch des Gen. Minister Kleiber, der gleichzeitig Vorsitzender der DDR-Seite im Wirtschaftsausschuß DDR-Syrien ist und war darüber unterrichtet, daß die syrische Seite die 3. Tagung im Rahmen dieses Wirtschaftsausschusses für das 2. Quartal vorbereitet.

In diesem Zusammenhang hegt er große Hoffnungen, daß weitere Vereinbarungen getroffen werden auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere auf dem Sektor der Lieferung von Anlagen und Ausrüstungen aus der DDR. Es wäre zu bemerken, daß von der syrischen-arabischen Republik keine offiziellen Delegationen die LFM besuchen, obwohl 2 Minister und 9 Generaldirektoren verschiedener Wirtschaftsorganisationen bzw. Außenhandelsorganisationen zum Besuch eingeladen worden sind. Lediglich 10 oder 12 kommerzielle Partner, Vertreter und Kunden sind derzeit in Leipzig und werden nur geringfügige Verträge abschließen.

Die Handelsbeziehungen der DDR mit Syrien werden belastet durch eine prekäre Wirtschafts- und Finanzlage der SAR, die dazu führt, daß die Regierung der SAR wenig Genehmigungen für Importe erteilt.

BStU

000023

2

Eine kontinuierliche Arbeit hat sich in den letzten Jahren insbesondere auch in den Jahren 77/68 auf dem Gebiet der Starkstromtechnik, d.h. der Lieferungen von Starkstromausrüstungen für die Land-elektrifizierung nach Syrien ergeben und im Januar 1978 wurde nach langjährigen Diskussionen und Verhandlungen ein Vertrag in Höhe von 75 Mio über weitere Lieferungen auf dem Gebiet _____ Stationen abgeschlossen, der auf der LFM eingebucht wird. Dieser Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen dem Außenhandelsbetrieb Elektrotechnik der DDR und der Elektrizitätsgesellschaft der syrischen-arabischen Republik.

gez. "Kuno"

BStU

000024

Hauptabteilung XVIII/7

Leipzig, 16. 3. 78
Ha/Rie

Treff: 15. 3. 78
GMS: "Kuno"
Ort: Astoria
Zeit: 17.00-18.30 Uhr

entgegen gen.: Hptm. Hartung

B e r i c h t - Einschätzung zur erneuten israelischen
Aggression im Libanon vom 14. 3. 78

Generell kann eingeschätzt werden, daß eine solche Entwicklung, ohne den Zeitpunkt exakt bestimmen zu können, zu erwarten war. die progressiven arabischen Staaten, insbesondere Syrien, haben vor einer solchen Entwicklung gewarnt, die zurückzuführen ist, auf das Verhalten des ägyptischen Staatspräsidenten durch die Verhandlungen mit Israel.

Allgemein wird eingeschätzt, daß Saddam als eine der reaktionärsten Kräfte im arabischen Raum Vollstrecker der USA-Strategie ebenso der israelischen Außenpolitik zu bezeichnen ist. Es ist einzuschätzen, daß Israel erneut eine solche Aggression durchsetzt, um den arabischen Ländern ihre Stärke zu bestätigen und weitere Territorien zu gewinnen.

Es muß bemerkt werden, daß nicht anzunehmen ist, daß Israel beabsichtigt in der gegenwärtigen Situation Gesamtlibanon zu besetzen. Es muß vielmehr angenommen werden, daß eine solche Aggression als Kraftakt die Bestätigung der eigenen Militärpolitik mit sich bringen soll, um im Bündnis mit den reaktionären Kräften des Libanons weitere Schritte für die Zukunft zu überdenken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Akt genutzt werden soll, um die Reaktionen der progressiven arabischen Länder zu testen, die in der Vergangenheit durch die Einheitsfront ausgewählter progressiver arabischer Länder sich generell gegen die Politik Saddads und damit auch gegen die Politik Israels wandten, um die ursprüngliche Zielstellung im Rahmen einer Genfer Konferenz zu einer Lösung zu kommen zu .

Nach meiner Auffassung wird Syrien eine sehr besonnene Haltung an den Tag legen und alles vermeiden, um sich durch einen solchen Akt provozieren zu lassen. Ich nehme an, daß Syrien die Gelegenheit nutzen wird internationale Organisationen, insbesondere die progressiven arabischen Staaten zu nutzen, um hier international einen entscheidenden Protest einzulegen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die syrische Staatsführung Weisungen geben wird, die in Libanon stationierten Gruppen in Kämpfe einzubeziehen.

Als erstes geführtes Gespräch mit einem in der DDR Journalisten, namens [REDACTED] der Parteizeitung Al-Baath hat wenig ergiebige Informationen ergeben. Offensichtlich war auch er recht wenig informiert. Er bedauerte einen solchen Akt und er konnte keine weitergehenden Informationen geben und verzichtete auch auf persönliche Einschätzungen.

Der Leiter der syrischen Kollektivausstellung [REDACTED] hatte ebenfalls Kenntnis von der Aggression, hatte aber allerdings zu diesen Vorgängen noch keine persönliche Meinung. Offensichtlich fehlten auch beiden Genannten entsprechende Informationen aus den Heimatländern. Herr [REDACTED] ist Direktor im Ministerium für Wirtschafts- und Außenhandel der syrisch-arabischen Republik.

gez. "Kuno"

BStU

000026

I n f o r m a t i o n

zu den Außenhandelsbeziehungen zwischen der DDR und der Syrischen Arabischen Republik

Der Außenhandel zwischen der DDR und der Syrischen Arabischen Republik basiert auf entsprechenden Regierungsabkommen.

- Handelsabkommen vom April 1975
- Zahlungsabkommen vom April 1975
- Kreditabkommen in Höhe von 72 Mio US-Dollar (Kredit der DDR)
- WTZ-Abkommen vom August 1965

Der Außenhandelsumsatz zwischen der DDR und der Syrischen Arabischen Republik belief sich 1977 auf 247,2 Mio VM. (Entwicklung des Warenaustausches siehe Anlage).

Hauptwarengruppen im Import der DDR:

<u>Position</u>	<u>Wertvolumen in Mio VM</u>
Erdöl, 350 Tt	ca. 60
Kleintierfelle	ca. 1,5
Untertrikotagen aus Baumwolle	ca. 1,5
Obertrikotagen, geringer Umfang	

Hauptwarengruppen im Export der DDR:

<u>Position</u>	<u>Wertvolumen in Mio VM</u>
Zementanlagen	ca. 80
Starkstromausrüstungen 20, 66, 230 kV	ca. 120
Starkstromausrüstungen 400 kV	(Plan)

Für ca. 70 % der DDR-Exporte werden durch die DDR kommerzielle und Regierungskredite mit einer Laufzeit zwischen 6 und 12 Jahren gewährt.

Seit 1975 finden Tagungen des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/Syrische Arabische Republik statt. Vorsitzender der DDR-Seite ist der Kandidat des Politbüros und Minister für Allgemeinen, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Genosse Günter Kleiber; Vorsitzender der SAR-Seite ist der Stellv. Ministerpräsident der SAR, S h i a .

Der Gemeinsame Wirtschaftsausschuß hat 2 Arbeitsgruppen, eine für Industrielle Zusammenarbeit und eine für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft.

Bisher fanden 3 GWA-Tagungen statt; die 1. im April 1975 in Damaskus, die 2. im April 1977 in Berlin. Die 3. GWA-Tagung wird im Juni 1978 in Damaskus durchgeführt.

Probleme:

Haupthindernis für eine schnellere Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der DDR und der Syrischen Arabischen Republik ist eine prekäre Finanz- und Wirtschaftslage der SAR. Die SAR fördert nur in geringem Umfang - ca. 9 Mio t - Erdöl niedriger Qualität und auch die abgebauten Phosphatvorkommen sind durch andere Chemikalien stark verunreinigt und damit nur schwer zu verarbeiten. Die Erdölimporte der DDR aus der SAR werden in der DDR ausschließlich zur Herstellung von Bitumen für den Straßenbau eingesetzt.

Der Handel zwischen der DDR und der SAR erfolgt auf der Basis konvertierbarer Devisen. Bisher erhielt die SAR umfangreiche finanzielle Unterstützung (zum Großteil Schenkungen) aus Saudi-Arabien, Kuwait und teilweise aus Libyen.

Der DDR-Außenhandel verfolgt mit der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der SAR und der DDR das Ziel, einen Devisenüberschuß zu erwirtschaften. In der Durchführung des Außenhandels mit der SAR ist die DDR einem starken Konkurrenz- und Preisdruck der kapitalistischen Industrieländer gegenübergestellt.

Anlage

in Mio VM

Entwicklung Warenaustausch

	1970	1978	1974	1975	1976	1977	1978 (Plan)
Export	50,2	80,8	89,6	122,5	182,4	177,3	263,0
Import	16,8	17,8	75,0	88,7	67,5	69,9	90,4
Gesamt	67,0	98,6	164,6	211,2	249,9	247,2	353,4

Perspektivische Entwicklung des Warenaustausches

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Export	340	360	380	380	400	440	460
Import	100	100	120	120	130	130	150
Gesamt	440	460	500	500	530	570	610

211

with [unclear] [unclear] [unclear]
month of [unclear] 17

AKG

[unclear]
10/6

BStU
000029

BSU

000030

A16

Hauptabteilung XVIII/7

Berlin, 2. Juni 1978
Ha-Kr

Treff: 27. Mai 1978
GMS: "Kuno"
IMK: "Schneider"
Zeit: 09.00-10.30 Uhr

entgegengen.: Hptm. Hartung

B e r i c h t

zur vorgesehenen Reise in die ~~Syrische Arabische~~ Republik - Durchführung der 3. Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/SAR

Hierzu liegen entsprechende Unterlagen des Präsidiums des Ministerrates vom 26. Mai 1978 vor. Die Leitung der Delegation hat der Kandidat des Politbüros, Genosse K l e i b e r , die Delegationsliste - siehe Anlage - weist alle beteiligten Mitglieder aus.

Die Ausreise der Delegation erfolgt in 3 Etappen, am 27. Mai reist die AG Industrie des Wirtschaftsausschusses unter Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungs-maschinenbau, Gen. S c h u b e r t , aus; am 30. Mai erfolgt die Ausreise der 2. Delegation unter Leitung des Genossen SCHUMANN, Stellv. des Ministers für Außenhandel; am 4. Juni 1978 erfolgt die Ausreise der Hauptdelegation unter Leitung des Genossen Minister K l e i b e r . Der Aufenthalt erfolgt bis zum 9. Juni 1978 in Damaskus.

Zur Zielstellung ist zu sagen, daß mit der 3. Tagung entscheidende Grundlagen geschaffen werden sollen für eine Absatzbestimmte Politik für Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie; hierbei insbesondere auf den Gebieten

Zementanlagen
Starkstromausrüstungen
Signal- und Sicherungstechnik
Walzwerksausrüstungen
Reparaturstationen
sowie Anlagenobjekte der Landwirtschaft, u. a.
Milchviehanlagen, Rinderanlagen und Geflügelanlagen.

Im Zusammenhang mit der 3. Tagung ist durch Bestätigung des Präsidiums des Ministerrates vorgesehen, Zahlungserleichterungen zu gewähren und in diesem Zusammenhang ein Abkommen über die Gewährung eines Regierungskredites abzuschließen mit einem Wertvolumen von ca. 100 Mio Dollar. Darüber hinaus ist vorgesehen der Abschluß einer Vereinbarung über die Gewährung kommerzieller Kredite, die volumenmäßig nicht festgelegt sind, jedoch an Objekte gebunden werden.

Hauptverhandlungspartner des Genossen K l e i b e r ist der Stellv. Ministerpräsident für ökonomische Angelegenheiten der SAR namens S h i a . In der Partnerdelegation werden Minister erwartet, so z. a. der Minister für Industrie, der Minister für Elektrifizierung, der Minister für Transport und der Minister für Landwirtschaft.

Im Zusammenhang mit der Durchführung dieser 3. Tagung in Damaskus hat die Botschaft der DDR in der SAR Genossen K l e i b e r einen Programmvorschlag für den Aufenthalt übermittelt. Im Auftrage des Genossen K l e i b e r hatte ich am 23. Mai 1978 ein Gespräch, wo der Programmvorschlag nochmals durchgesprochen worden ist. In Ergänzung zu den vorgesehenen offiziellen Gesprächen bat Genosse Minister K l e i b e r um die Aufnahme von Gesprächen mit dem Transportminister und mit dem Landwirtschaftsminister unter dem besonderen Aspekt, Beratungen zu führen über den Absatz von Lkw W 50 in der SAR. Dazu eine interne Einschätzung:

Wir hatten vom MAH in Zusammenarbeit mit der Industrie und dem zuständigen AHB Transportmaschinen bereits 1974 bei der syrischen Armee den Lkw auf entsprechende Leistungsmöglichkeiten unter den Bedingungen in Syrien testen lassen; diese Tests verliefen in einem Zeitraum von etwa 2 Jahren. Der Leistungstest brachte aus der Sicht der syrischen Experten nicht die erforderlichen Leistungen, so daß sie uns mitteilten, auf einen Import dieses Lkw zu verzichten.

Bemühungen im Rahmen des zivilen Sektors, insbesondere bei Transportgesellschaften und vor allem im Bereich der Landwirtschaft, diesen Lkw in Einsatz zu bringen, scheiterten ganz einfach an der Tatsache, daß die Kapazität des Lkw für die gedachten Einsatzmöglichkeiten nicht ausreicht.

gez.: "Kuno"

- Kopia f. Ref. 1
- dan xuan 17

Rime an 17
Zu 17

10/17/6.

BSU
000032

16.6.72 Re.

BStU

000033

AIG

Hauptabteilung XVIII/7

Berlin, 12. Juni 1978
Ha-Kr

Treff: 10. Juni 1978
GMS: "Kuno"
IMK: "Schneider"
Zeit: 09.00-11.00 Uhr

entgegenen.: Hptm. Hartung

B e r i c h t

über die durchgeführte 3. Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/Syrische Arabische Republik in der Zeit vom 4. Juni bis 9. Juni 1978 unter der Leitung des Kandidaten des Politbüros, Genossen K l e i b e r

Zur Vorbereitung dieser Tagung reiste eine Vordelegation unter Leitung des Stellv. Ministers für Außenhandel, Genossen SCHUMANN, etwa 1 Woche vor Tagungsbeginn aus, um Dokumente wie 2 Abkommen, eine vereinbarte Niederschrift mit Objektlisten vorzubereiten.

Am 27. Mai 1978 reiste ebenfalls unter Leitung des Staatssekretärs, Genossen S c h u b e r t , vom Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau eine Arbeitsgruppe nach Damaskus, um Fragen grundsätzlicher Art der ökonomischen Zusammenarbeit zu verhandeln. Zur Vorbereitung der Tagung wurde nach Beschlußfassung im Sekretariat des ZK und im Ministerrat der SRA ein Kredit angeboten durch die Regierung der DDR mit einem Kreditvolumen von 100 Mio Dollar. Darüber hinaus der Text eines Abkommens über die Gestaltung der wirtschaftlichen und instruellen Zusammenarbeit, die eine kommerzielle Kreditgewährung in der Größenordnung von etwa 250 bis 300 Mio US-Dollar vorsah. Das Kreditvolumen ist nicht ausgewiesen, sondern ist gebunden an bestimmte Objekte und Ausrüstungen.

Diese Abkommenstexte wurden durch den Staatssekretär, Genossen S c h u b e r t , am 28. Mai 1978 dem Partner des Genossen K l e i b e r , dem Stellv. Ministerpräsidenten für ökonomische Angelegenheiten der SAR, Herrn S h i a , übergeben. Durch diesen Mann wurde das übergebene Abkommensmaterial befürwortet, sehr begrüßt und zum Ausdruck gebracht, daß damit eine wesentliche Voraussetzung geschaffen wird, die ökonomischen Beziehungen seitens der SAR mit der DDR auf einer qualitativ höheren Stufe fortzuführen.

Nach Vereinbarung mit Herrn S h i a nahmen beide Delegationen die Arbeit auf. Es muß jedoch eingeschätzt werden, daß entgegen den Erwartungen die Verhandlungen sich äußerst hartnäckig von seiten der syrischen Partner und auch als sehr kompliziert erwiesen haben. Es wäre zu erwähnen, daß die übergebenen Abkommen auf ausdrücklichen Wunsch der syrischen Seite übergeben worden sind

auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarungen zwischen den Vorsitzenden beider Länder im Wirtschaftsausschuß DDR/SAR im Dezember 1977 in Damaskus. Dort stellte die syrische Seite die Forderung auf Gewährung eines neuen Regierungskredites unter günstigen Bedingungen auf der Basis des bereits 1975 abgeschlossenen Kreditabkommens; darüber hinaus die Gewährung eines kommerziellen Kredites zu besseren Bedingungen, als sie in internationalen Beziehungen üblich sind. Um so erstaunter war die DDR-Seite, daß sich diese Verhandlungen äußerst schwierig gestalteten. Besonders zeigte sich das in der Gestaltung der Bedingungen. Hierbei vor allem hinsichtlich der Kreditlaufzeit; es war eine differenzierte Gestaltung der Kreditlaufzeit von 6 bis 12 Jahren vorgesehen. Die syrische Seite beabsichtigte, insgesamt für alle Objekte die längste Laufzeit zu erhalten. Im 2. Problemkomplex ging es um die Zinssätze; es war für den kommerziellen Kredit ein Zinssatz von der DDR-Seite in der Größenordnung von 6 % vorgesehen; die Forderung der syrischen Seite ging auf 3 %. Es wurden vereinbart für den kommerziellen Kredit ein Zinssatz von 4,5 %.

Im Verlaufe der Verhandlungen gab es mehrfach die unterschiedlichsten Auffassungen zur Aufnahme der Objekte und Ausrüstungen in die Objektlisten zu den genannten Abkommen. Letztlich war es Gegenstand der Leiter der Delegationen, diese Frage in den letzten Stunden des Verhandlungstages noch zu fixieren. Auf Grund der beiderseitig betonten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern und der Anerkennung der bisher durch die DDR geleisteten Hilfe und Unterstützung für die SAR sind beide Seiten übereingekommen, 2 Abkommen zu unterzeichnen, und zwar das Regierungskreditabkommen und das Abkommen über den kommerziellen Kredit.

Es muß erwähnt werden, daß im Rahmen der Verhandlungen, wie erwartet, die syrische Seite mit großem Nachdruck einen höheren Import der DDR aus der SAR erwartete und hierzu von syrischer Seite eine Liste mit Waren übergeben wurde, die eine vielfältig gestaltete Palette von Positionen aus syrischer Produktion vorsahen. Sie reichte von Erdöl über technische Konsumgüter, Chemikalien bis zur Schokolade und Socken. Die DDR-Seite konnte einem solchen Anliegen nicht stattgeben; in der Vereinbarung zwischen beiden Partnern wurde jedoch vereinbart, daß die DDR-Seite von den jährlich zu zahlenden Raten der gewährten Kredite 25 % für den Import aus der SAR verwendet, ohne hier detaillierte Positionen auszuweisen.,

Zur Erläuterung der Importproblematik seitens der DDR aus Syrien muß noch erwähnt werden, daß die Bedingungen für die/ den Zahlungsverkehr durch das Abkommen im Jahre 1965 auf der Grundlage konvertierbarer Devisen geregelt ist. Die DDR-Seite ist naturgemäß daran interessiert, auf dieser Grundlage alle Zahlungen der syrischen Seite in konvertierbaren Devisen zu erhalten. Aus handelspolitischen Erwägungen kommt die DDR jedoch nicht umhin, Importe aus der SAR zu tätigen, um dem Grundprinzip des Handelsabkommens zur Gestaltung einer ausgeglichenen Handelsbilanz gerecht zu werden.

BStU

000035

3

Die getroffene Vereinbarung zwischen der DDR und der SAR bestimmt, daß die DDR für 25 % ihres Exportvolumens Importe aus der SAR bezieht. Diese Tatsache wird bei der Staatlichen Plankommission hinsichtlich der zu importierenden Waren im Interesse der Gesamtbilanz der DDR-Volkswirtschaft auf Schwierigkeiten treffen.

gez.: "Kuno"

BStU

000036

AC6
Tea

Hauptabteilung XVIII/7/1

Berlin, 27. Juli 1978

entgegenen.: Hptm. Hartung

Treff: 22. 07. 1978
GMS : "Kuno"
IMK : "Schneider"
Zeit : 9.00 Uhr-11.00 Uhr

B e r i c h t

zu einigen Problemen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Staatsbesuch des syrischen Staatspräsidenten Assad in der DDR.

Die Einladung zum Besuch des syrischen Staatspräsidenten wurde vor längerer Zeit ausgesprochen. Aufgrund der Entwicklung der politischen Beziehungen sind beide Seiten übereingekommen, diesen Staatsbesuch in diesem Jahr durchzuführen. Der bisher abgestimmte Zeitraum ist der 21. bis 24. 08. 1978.

In Vorbereitung auf diesen Besuch wurde DDR-seitig - insbesondere der ökonomischen Zusammenarbeit große Bedeutung beigemessen. Zur Regelung dieser Fragen wurde im Juli 1978 die 3. Tagung des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses durchgeführt, in dessen Ergebnis zwei Abkommen über die Gewährung eines Regierungskredites und kommerzielle Kredite abgeschlossen. Das ist als eine wesentliche Voraussetzung zu betrachten, um die ökonomischen Beziehungen mit der SAR zu festigen und darüber hinaus den vorgesehenen Staatsbesuch von Fragen der ökonomischen Beziehungen freizuhalten.

Eine solche Entscheidung wurde getroffen auch im Hinblick der Lösung ökonomischer Fragen zu günstigeren Bedingungen für die DDR, um andererseits zu verhindern, daß höhere Forderungen im Zusammenhang mit diesem Staatsbesuch an die DDR gestellt werden.

Zur ökonomischen Basis der abgeschlossenen Abkommen ist zu sagen: Die DDR gewährte einmal einen Regierungskredit mit einem Kreditvolumen von 100 Mio Dollar, die Kreditlaufzeit beträgt 12 Jahre, der Zinssatz 2,5 %.

Das 2. Abkommen einer Vereinbarung über die Gewährung kommerzieller Kredite umfaßt Lieferungen in Höhe von ca. 400 Mio Berechnungsmark, die gebunden sind an 2 Objektlisten. Die Kreditlaufzeit dieser Vereinbarung beträgt 10 Jahre, der Zinssatz 4,5 %. DDR-seitig wird eingeschätzt, daß mit diesen Voraussetzungen günstige Bedingungen geschaffen worden sind die Beziehungen zu festigen und damit auch die ökonomischen Interessen der DDR langfristig abgesichert, andererseits eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zu ökonomischen Problemen anläßlich des Staatsbesuches verhindert werden können.

Ungeachtet der damit geschaffenen Voraussetzungen wurde u. a. auch durch einen Vertreter, namens [REDACTED] bekannt, daß die syrische Seite sich im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch in der DDR sehr konzentriert auf die Behandlung ökonomischer Fragen vorbereitet und damit der stellv. Ministerpräsident für ökonomische Angelegenheiten, der Außenminister und der Wirtschaftsminister beauftragt worden sind.

Bisher konnte noch nicht ermittelt werden, in welcher Richtung bzw. mit welchem Inhalt sich diese Vorbereitung auf die Verhandlungen konzentrieren. Aus unserer Sicht kann damit gerechnet werden, daß die auf der 3. Tagung des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses abgeschlossenen Abkommen erneut in Diskussionen gebracht werden können, um damit von syrischer Seite aus zu versuchen, die Bedingungen für sie zu verbessern.

Weiterhin ist möglicherweise damit zu rechnen, daß aufgrund der Finanz- und Wirtschaftssituation der SAR die syrische Seite an die Regierung der DDR herantritt, um zusätzliche Kredite für ihren Wirtschaftsaufbau zu erhalten.

Ergänzend ist darauf zu verweisen, daß seitens der SPK die erreichten Ergebnisse der 3. Tagung des Wirtschaftsausschusses als für die DDR nicht günstig bezeichnet wurden und die Möglichkeit angeblich bestünde, die Bedingungen für die DDR günstiger zu gestalten. Der Einspruch der SPK richtete sich insbesondere gegen den vereinbarten Zinssatz von 4,5 % bei der Vereinbarung über die kommerzielle Kreditgewährung, die nach Auffassung der SPK auf etwa 6 % hätten vereinbart werden können.

Zu diesem Problem muß jedoch aus langjähriger Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der SAR eindeutig gesagt werden, daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu diesem speziellen Fragenkomplex höchstens eine Verschlechterung des Zinssatzes erbringen kann. ^{vor Verbesserung} Wirtschaft- und Finanzlage würde die syrische Seite diese Gelegenheit nutzen, um massive Forderungen zu günstigeren Kreditgestaltungen - insbesondere vom Standpunkt des Zinssatzes zu fordern.

gez.: "Kuno"

Gen. Strauß

Allgemeine Angaben zur SAR

BSU
800000

Offizielle Staatsbezeichnung: Syrische Arabische Republik (SAR)

(Arabisch: Al-Dumhuriya al-arabiya as-suriya)

Unabhängigkeit:

formell seit September 1941, faktisch seit 1946 nach dem Abzug der letzten französischen Truppen
29. 9. 1961 Ausrufung der Syrischen Arabischen Republik

Nationalfeiertag:

17. 4. 1946 - "Tag der Evakuation"

Staatsform:

Republik mit weitgehenden Vollmachten des Staatspräsidenten

Staatsoberhaupt:

Präsident der SAR Hafez al Assad

Territorium:

185 180 km²

Bevölkerung:

8 705 Mio Einwohner, davon etwa 66 % Araber, ansonsten Kurden, Armenier, Tscherkessen, Perser, Türken, Juden, ca. 170 000 palästinensische Flüchtlinge

Hauptstadt:

Damaskus (1,6 Mio Einwohner - 1973)
andere wichtige Städte: Haleb (Aleppo)
Homs, Latakia, Tartous, Hama

Administrative Gliederung:

14 Bezirke, die sich in Kreise und Gemeindebezirke aufgliedern

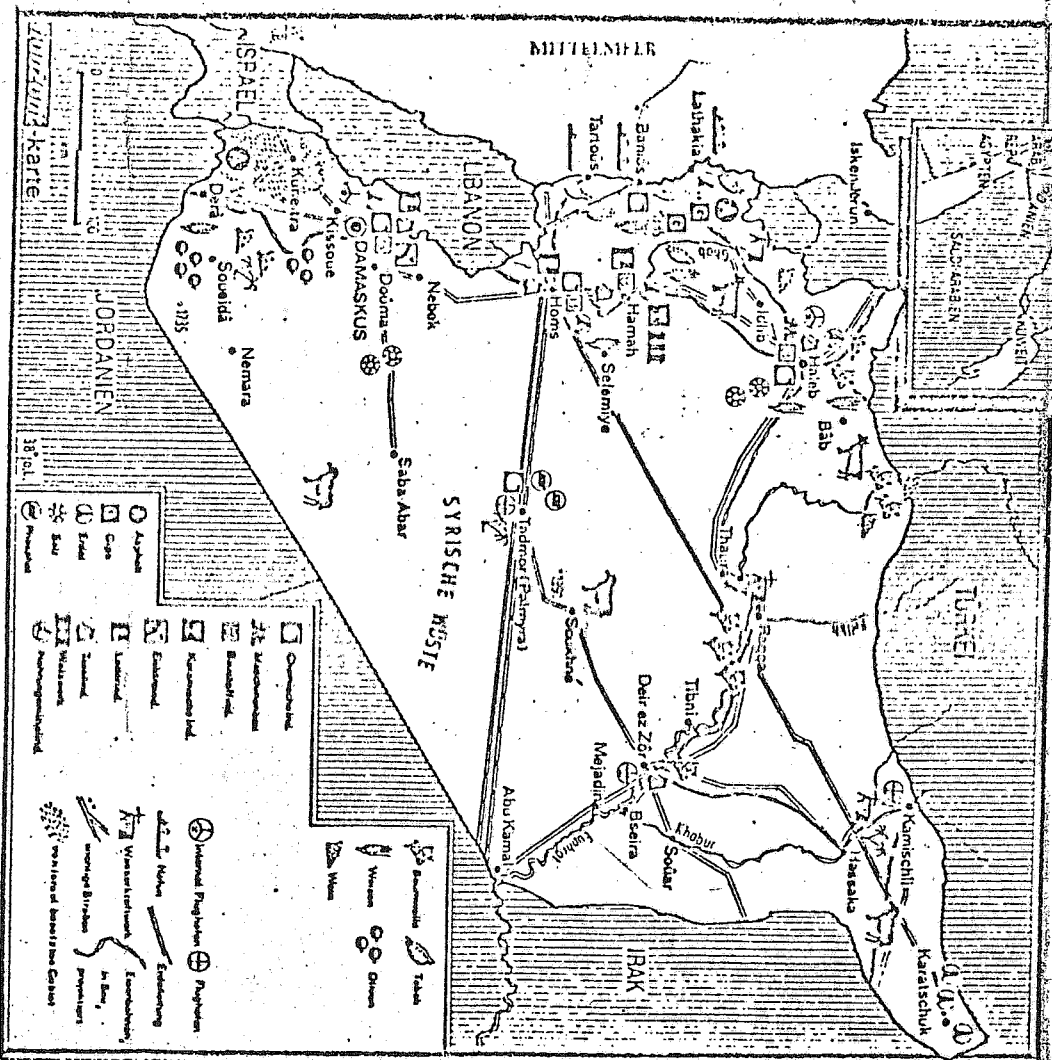
Amtssprache:

Arabisch

Religion:

Islam, dazu etwa 550 000 Christen

Syrische Arabische Republik



Die ideologische Plattform der syrischen Führung

Die politisch-ideologischen Auffassungen der syrischen Führung werden weitestgehend von der kleinbürgerlich-nationalistischen Ideologie der Baath-Partei vor allem dem arabischen Nationalismus (Panarabismus), bestimmt.

Charakteristisch für die Ideologie der Baath ist, dass sie die nationalen Besonderheiten bei der Einschätzung der Nation gegenüber den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, einschließlich der Existenz von Klassen und des Klassenkampfes, in den Vordergrund rückt. Einerseits erweicht hieraus die antilperialistische, antikolonialistische und antisystemische Komponente der Ideologie der syrischen Führung; sie verneint sich aber andererseits damit den Weg zum Verständnis der objektiven, komplizierten und vielschichtigen Prozesse der Herausbildung und Entwicklung einer Nation. Die Baath-Ideologie ist durch idealistische, undialektische Positionen gekennzeichnet. Dieser Standpunkt verhindert die reale Beurteilung innerer und internationaler Klassenaussetzungen und die richtige Einordnung der sich in den Entwicklungsstadien vollziehenden Prozesse in die weltweite Systemauseinandersetzung.

Infolge des gewachsenen Einflusses bürgerlicher Klassenkräfte in Syrien kommt es zu einer zunehmenden bourgeois-reaktionären Ausprägung des Nationalismus. Es verbreitet sich die Basis für die Einwirkung anderer Formen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere auch sozial-demokratischen Gedankenguts.

Obwohl die Baath-Partei in der Vergangenheit ideologisch weniger religiös orientiert war, zeigt sich seit einigen Jahren auch in Syrien eine Beschleunigung des sogenannten "Islamisierungsprozesses".

Zur Innenpolitik der SYR

Mit der Übernahme der Macht durch die Baath-Partei im Jahre 1963 wurden wesentliche sozialökonomische Veränderungen für das Beschreiten eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges eingeleitet (Nationalisierung aller ausländischen und größeren einheimischen Betriebe, Übernahme der Banken und Erdölgewinnung durch den Staat, Industrialisierung und Bau des Vulkraftstaumeres mit Hilfe der sozialistischen Staaten, Durchführung einer Agrarreform).

Die progressiven sozialökonomischen Umgestaltungen wurden nach Übernahme der Macht durch das gewählte Regime nur zögernd weitergeführt. In den letzten Jahren wurden die progressiven Errungenschaften zunehmend untergraben und mehr setzt sich eine spezifische Form kapitalistischer Entwicklung des Landes durch. Sie wird durch demagogische Aussagen über den sozialistischen Entwicklungsweg Syriens gegenüber den Volksmassen vertuscht.

Syrien ist ein Agrarland mit einer sich rasch entwickelnden Industrie. Die Produktionsverhältnisse sind durch die Mehrsektorenwirtschaft gekennzeichnet. Der staatliche Sektor nimmt mit 65 - 70 % der Produktionskraft die Schlüsselstellung in der Industrie ein. Er verfügt ebenfalls über starke Positionen im Bauwesen, Außenhandel und Transport.

Einflussreiche Vertreter der bürgerlichen Bourgeoisie verstricken ihre Bestrebungen, den staatlichen Sektor zu unterhöhlen und ihn in einen staatskapitalistischen Sektor umzufunktionieren. Die Rolle des privatkapitalistischen Sektors in der syrischen Wirtschaft wächst. Er verfügt über bedeutende ökonomische Positionen im Bau- und Transportwesen, beherrscht den Binnenhandel und die Dienstleistungen und orientiert sich vorwiegend auf profitintensive Sphären. Gegenwärtig gibt es Bestrebungen, einen "rentierten Sektor" zu schaffen. Betriebe und Gesellschaften dieses Sektors sollen

Die überwiegende Mehrheit der syrischen Kosme sind Sunniten. Die herausragenden Vertreter der Partei- und Staatsführung gehören zur zahlenmäßig kleinen schiitischen Alawitensekte. x

Die politische Macht wird von kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte ausgeübt, von denen ein Teil zu national-demokratische die Kohheit jedoch zu bürgerlich orientierten Positionen tendiert.

Im Zentrum des Machtapparates steht der Präsident, der mit außerordentlich umfangreichen Vollmachten ausgestattet ist. Das gegenwärtige Regime versucht, die wachsenden sozialen Widersprüche und die Unzufriedenheit der Volksmassen durch nationalistiche Demagogie ("Notwendigkeit der nationalen Einheit im Kampf gegen den zionistischen Feind") zu überspielen.

Führende politische Kraft ist die kleinbürgerlich-nationalistische Arabische Sozialistische Baath-Partei (ASBP, 1975 = 250 000 Mitglieder). Die ASBP beansprucht die Führung des ganzen syrischen Volkes sowie der gesamten "arabischen Nation". Seit 1977 treten verstärkt machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen zwei rivalisierenden Hauptgruppen innerhalb des Regimes zutage - der Gruppierung um Rifaa al Assad (den Bruder des Präsidenten) und der Gruppierung um den inzwischen abgelassen Luftwaffen- und Geheimdienstchef Waal Djamil sowie den Ex-Ministerpräsidenten Mahmud al Ayyoubi, die einen schärferen Rechtskurs in der Innen- und Außenpolitik anstreben. Präsident Assad gelang es, die Stabilität seines Regimes zeitweilig wiederherzustellen. Diese Auseinandersetzungen werden jedoch weitergeführt und demonstrieren die zunehmende politische Differenzierung sowie den wachsenden Einfluss bürgerlicher Elemente auf die Führung.

Die Bildung der Nationalen Fortschrittlichen Front (NFF) im Jahre 1972 stellt eine wichtige Errungenschaft der progressiven Kräfte dar. Die Baath-Partei ist bestrebt, die NFF zur

x Erklärung siehe Seite 1
+ Inhalt = 11.11.1972

einen staatlichen Kapitalanteil von höchstens 40 % haben.

Die 1958 eingeleitete Agrarreform war gegen die feudalen Eigentumsverhältnisse gerichtet und führte in der Folgezeit zu einer beschleunigten Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse. Sie sind zum bestimmenden Faktor in der Landwirtschaft geworden.

Infolge des hohen Grades der Verflechtung der syrischen Wirtschaft mit der kapitalistischen Weltwirtschaft und der hohen finanziellen Aufwendungen für Verteidigungszwecke nehmen die krisenhaften Erscheinungen tendenziell zu. (Inflationsrate 1977 = 20 - 30 %, Außenhandelsdefizit 1977 ca. 1,5 - 1,7 Mrd. US-Dollar.).

- Der Differenzierungsprozeß zwischen den Klassenkräften intensiviert sich, jedoch sind die Klassenverhältnisse insgesamt noch unausgereift. Objektiv progressive Tendenzen verkörpert:
 - die Arbeiterklasse, die quantitativ schneller wächst als die übrigen Klassen. Ihr Konzentrationsgrad ist relativ hoch (ca. 30 % der etwa 400 000 Industriearbeiter arbeiten in nur 2 % der Betriebe). Organisationsgrad und Bewußtseinsstand wachsen jedoch nur langsam;
 - die werktätige Bauernschaft (ca. 80 % der Landbevölkerung);
 - Teile des städtischen Kleinbürgertums und der progressiven Intelligenz.

Die reaktionären Kräfte (bürokratische und proimperialistische Bourgeoisie, Grundbesitzer, maßgebliche Teile des Kleinbürgertums und der höheren islamischen Geistlichkeit) verstärken, unterstützt von äußeren reaktionären Kräften (Saudi Arabien), ihre Aktivitäten.

- Die Religionsgemeinschaften und -gruppierungen spielen eine wichtige Rolle in der Politik. Der Islam ist Staatsreligion.

BSU
000041

Stärkung ihrer Machtbasis auszunutzen. Dies ist in gewissem Grade gelungen. In den Beziehungen der AKSP zur SKP versucht die Baath-Partei einen Führungsanspruch durchzusetzen und der Einfluss der SKP auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Schichten einzuschränken.

Zur Nationalen Fortschrittlichen Front gehören weitere drei Parteien, die jedoch durch mehrmalige Spaltung und Unterordnung unter die Führung der Baath-Partei an Masseneinfluss verloren haben. Es gibt Bestrebungen, die Front durch die Aufnahme von Vertretern der Massenorganisationen (die stark von der Macht beeinflusst werden) und von "Einzelpersönlichkeiten" zu erweitern.

Die Syrische Kommunistische Partei steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus.

Durch die Aufnahme als Mitglied der Nationalen Fortschrittlichen Front erhielt sie formell die Legalität. Sie ist mit zwei Ministern an der Regierung beteiligt und hat sechs Sitze im Volksrat. Die Partei wurde durch Praktikumsstipendien- und Inisportunistischer Kräfte geschwächt. Die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der Baath-Partei gestaltet sich ihrer schwieriger. Die SKP unterstützt den antimonopolistischen außenpolitischen Kurs des Assad-Regimes und kämpft für die Wahrung der progressiven sozialökonomischen Errungenschaften.

Die SKP hat Einfluss in den Gewerkschaften, Gewerkschafts- und Berufungsorganisationen und besitzt in allen Bezirken des Landes Parteiorganisationen.

Zur Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der SAR ist auf die Stärkung ihres Wirtschaftspotentials, besonders auf die Industrialisierung des Landes, gerichtet.

Prioritäten in dieser Entwicklung haben die Erdölförderung, der Auf- und Ausbau der Energieerzeugung und -verteilung, die Baustoffindustrie, die Petro-chemische Industrie, die Schaffung von Verarbeitungskapazitäten für einheimische Rohstoffe, die Infrastruktur sowie Bewässerung und Mechanisierung der Landwirtschaft.

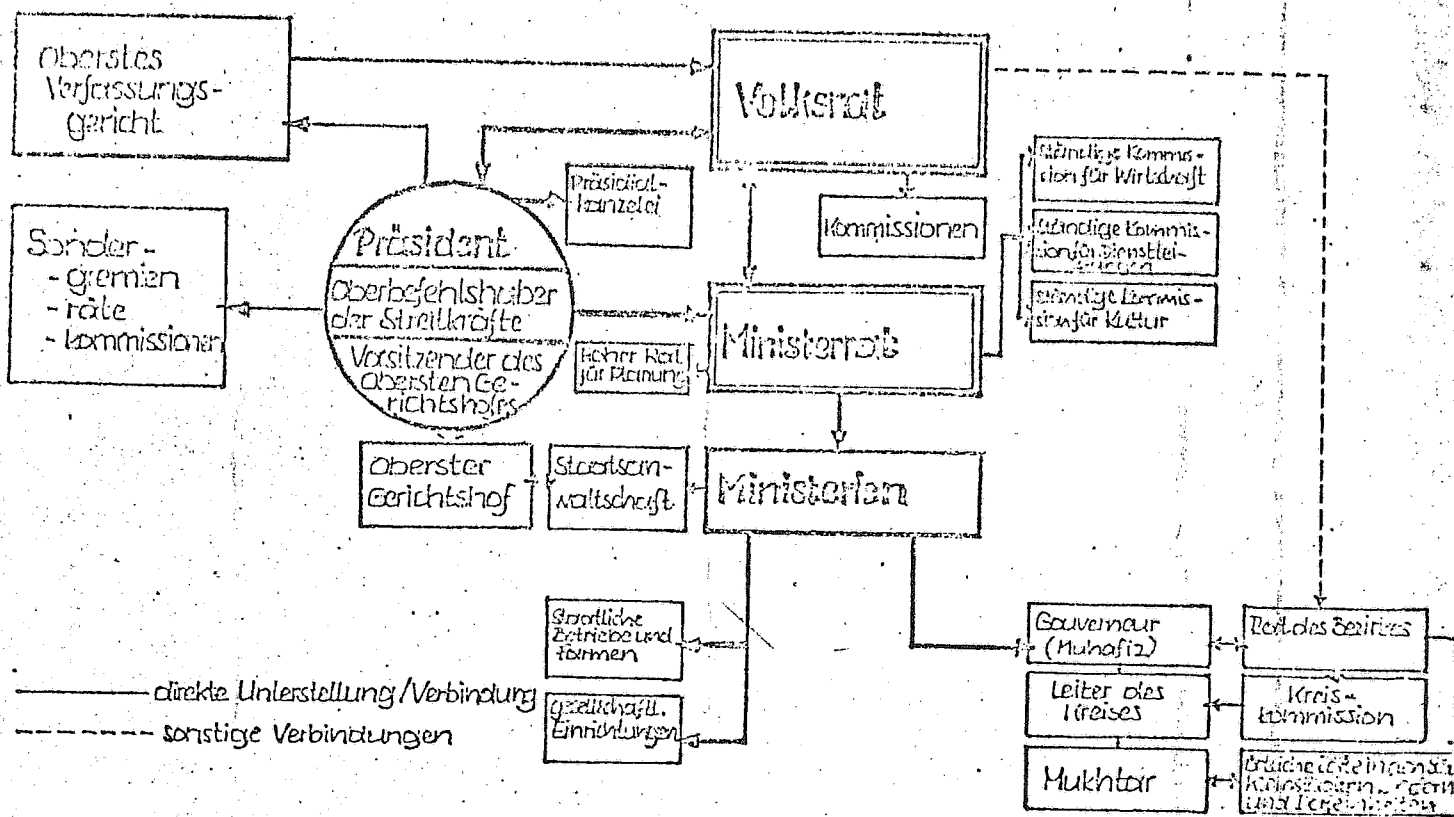
Als relativ rohstoffarmes Land mit noch geringer Exportkraft kann die SAR ihr Investitionsprogramm selbst nicht voll finanzieren, so dass sie auch in der Perspektive auf ausländische Finanzhilfen angewiesen sein wird. Sie hat in den letzten Jahren Kredite und Finanzhilfen, vor allem der arabischen Erdölstaaten, in Höhe von ca. 6 - 7 Mrd. US-Dollar erhalten.

Eine zunehmende Zunahme kapitalistischer Industrieländer auf die syrische Wirtschaft ist seit 1974 deutlich erkennbar. Aufgrund der syrischen "liberalisierungspolitik" ist die Bereitstellung von Krediten, vor allem der BRD, Frankreichs und zum Teil der USA sowie der Weltbank, erhöht worden.

Die Industrialisierungspolitik Syriens strebt die Einschränkung der Rohstoffausfuhr zugunsten des Exportes von Halb- und Fertigwaren an. Der steigende Außenhandelsüberschuss hat sich bei kontinuierlicher Fortsetzung des Handels mit den sozialistischen Ländern zugunsten der kapitalistischen Industrieländer (besonders EWG) entwickelt. Zementart zeichnet sich ein Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz ab.

Durch die Inanspruchnahme von Auslandskrediten und daraus resultierenden Rückzahlungen ergeben sich Belastungen für den Staatshaushalt, die mit ca. 1 Mrd. US-Dollar jährlich eingeschätzt werden.

Staatsaufbau der SAR entsprechend Verfassung vom 13. März 1973
und dem Gesetz über die öffentliche Verwaltung vom 11. Mai 1971



Zur Außenpolitik der Syrischen Arabischen Republik:

Die Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft:

Seit Mitte der 60er Jahre bestehen zwischen der SAR und den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft stabile und vitalgestaltige Beziehungen. Zur Spannungspolitik, zum Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus u. a. internationalen Fragen bestehen weitgehend gleiche Auffassungen.

Die Führung der SAR geht davon aus, daß die Durchsetzung ihrer Vorstellungen zur Lösung des Nahostkonflikts ohne die Unterstützung durch die sozialistischen Staaten nicht möglich ist. Sie hat deshalb den Erpressungen und Verlockungen des Imperialismus und der arabischen Reaktion, die Zusammenarbeit mit der UdSSR zu beenden, nicht nachgegeben. Die wesentlichen Lieferungen an militärischen Ausrüstungen, die Ausbildungs- und Beratertätigkeit im nichttrivialen Bereich wird weiterhin von der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten durchgeführt.

Auf der Basis neuer, langfristiger Abkommen auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischen Gebiet vertieft und erweitert sich die Zusammenarbeit in den Hauptbereichen des syrischen Entwicklungsprogramms (Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Grundstoffindustrie, verarbeitende, Leicht- und Textilindustrie sowie im Transportwesen).

Beziehungen SAR - UdSSR:

Die politischen Beziehungen sind gekennzeichnet durch einen intensiven Meinungsaustausch und regelmäßige Konsultationen auf höchster Ebene.

Seit 1968 bestehen Vereinbarungen zwischen der KPdSU und der syrischen Baath-Partei. Die Beziehungen waren im Zusammenhang mit dem Vorgehen der SAR gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon 1976 zeitweilig belastet.

BSU
000044

Trotzdem konnte die Schulbelastung der SAR durch die kontinuierliche Kreditnahme unter anderem auch durch finanzielle Schenkungen, insbesondere von Saudi-Arabien (1977 stark eingeschränkt) und Kuwait, ausgeglichen gehalten und finanzielle Auslandsverpflichtungen relativ kontinuierlich erfüllt werden.

Die SAR-Führung ist jedoch bemüht, den ideologischen Einfluß des realen Sozialismus auf die syrische Öffentlichkeit zurückzuführen.

Die Haltung der SAR zum Nahostkonflikt:

Die Lösung des Nahostkonflikts ist die zentrale Frage der syrischen Außenpolitik. In Übereinstimmung mit den Resolutionen des Sicherheitsrates steht die SAR auf der Position, daß eine gerechte und dauerhafte Lösung nur auf der Grundlage

- eines vollständigen Rückzugs Israels aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten,

- der Gewährleistung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung, Rückkehr und auf Schaffung eines eigenen Staates,

erreicht werden kann. Erst mit der Lösung dieser Fragen ist Syrien zur Beendigung des Kriegszustandes mit Israel bereit.

Es lehnt die Separatpolitik des ägyptischen Präsidenten ab und nimmt bei der Verhinderung einer imperialistischen Regelung des Nahostkonflikts objektiv und bewußt eine Schlüsselstellung ein.

Die Genter Konferenz wird als ein Instrument zur politischen Lösung angesehen. Die syrische Führung ist aber auch bereit, andere Wege in Betracht zu ziehen.

Die SAR war Mitinitiator der "Front der Standhaftigkeit" (Libyen, Algerien, VDRJ und PLO).

Das Verhältnis zur PLO hat sich weitgehend normalisiert. Die Bündnisbeziehungen wurden wiederhergestellt. Die syrische Führung ist jedoch weiterhin bestrebt, die Kontrolle über die palästinensische Widerstandsbewegung zu erlangen.

00045
D 1310

Gegenüber Libanon verfolgt die SAR das Ziel, traditionelle Hegemonieansprüche durchzusetzen und Libanon als wichtiges Flankenland im Konflikt mit Israel zu nutzen. Dabei verfolgt sie eine Politik des Balancierens zwischen den verschiedenen libanesischen Fraktionierungen. Gegenwärtig ist Syrien bestrebt, durch die Zusammenarbeit mit den patriotischen Kräften in Libanon und der PLO, die reaktionären, mit Israel kooperierenden Kräfte zu schwächen. Zunehmend wird bei außenpolitischen Aktivitäten auf Saudi-Arabien Rücksicht genommen.

Beziehungen SAR - Irak:

Die Beziehungen SAR - Irak sind durch traditionelle Interessen stark belastet. Beide herrschenden Baath-Parteien beanspruchen, rechtmäßige Vertreter der gesamtarabischen - seit 1966 gespaltenen - Baath-Partei zu sein. Beide Parteien und Länder erheben den Führungsanspruch im arabischen Raum. Erhebliche Differenzen bestehen in den Positionen zur Lösung des Nahostkonflikts. Bisherige Vermittlungsversuche blieben erfolglos.

Diese Rivalitäten haben negative Auswirkungen auch auf die Situation in der PLO. Die Verbesserung der Beziehungen der Hauptorganisationen der PLO zu Syrien führte in den letzten Monaten zu verstärkten Aktionen Iraks gegen die PLO und einzelne ihrer Funktionäre.

Haltung der Entspannung und Abrüstung:

Die SAR tritt für die Verfestigung und Ausdehnung des internationalen Entspannungsprozesses ein. Obwohl die SAR die Initiatorrolle der SSG anerkennt, überfordert sie die Rolle der Entwicklungsländer und nichtpaktkonformen Staaten.

Sie vertritt die Auffassung, daß die Entspannung bisher zu einseitig Vorteile für Europa gebracht hat und zu wenig die Interessen der "3. Welt" berücksichtigt habe.

Zunehmend aktiver unterstützt Syrien die Abrüstungsaktivitäten der UdSSR in der UNO. Konfrontiert mit der Gefahr einer atomaren Bewaffnung Israels, legt die SAR den Schwerpunkt auf die Stärkung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Eigene konkrete Abrüstungsmaßnahmen werden wegen der andauernden Aggression Israels als noch nicht relevant angesehen.

Zur Afrikapolitik der SAR

Süden Afrikas:

Die SAR tritt für die Beseitigung aller Überreste des Kolonialismus, Rassismus und der Apartheid ein und unterstützt den Kampf der um nationale Befreiung kämpfenden Völker dieser Region.

Eritrea:

Syrien gewährt den separatistischen Bewegungen politische, materielle und militärische Hilfe. Die Losrennung von Äthiopien wird als eine legitime Forderung des "Volkes von Eritrea" zur Verwirklichung seines Rechts auf Selbstbestimmung betrachtet. Eine Lösung des Problems durch Verhandlungen wird unterstützt.

Zaire:

Die NATO-Intervention in Zaire wurde in den Massenmedien massiv als imperialistische Einmischung kritisiert.

Die Beziehungen zu imperialistischen Staaten

Die SAR strebt eine Aktivierung und den Ausbau der Beziehungen zu den USA und Westeuropa (bes. BRD und Frankreich) an. Sie versucht diese Staaten für eine stärkere Berücksichtigung syrischer Interessen im Konflikt mit Israel zu gewinnen. Um größere wirtschaftliche und finanzielle Hilfe zu erhalten, wurden bereits Voraussetzungen für die Verstärkung des Einflusses imperialistischer Staaten geschaffen.

Historischer Monopole geschaffen. (Investitionsschutzabkommen mit USA, BRD und Frankreich). Im Außenhandel erhöht sich der Anteil dieser Ländergruppe.

Sichtbar verstärken sich die kulturell-propagandistische Aktivitäten imperialistischer Staaten in Syrien.

Beziehungen SAR - BRD:

Die Beziehungen mit der BRD haben sich seit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen am 7. 8. 1974 rasch entwickelt. Das Interesse der SAR am Ausbau der Beziehungen liegt vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Außerdem erhofft man sich, den wachsenden politischen Einfluss der BRD zur Vertretung der arabischen Interessen besonders gegenüber Israel sowie für Fortschritte im "Arabisch-Europäischen Dialog" nutzen zu können.

Die BRD ist der größte Handelspartner der SAR (AH-Umsatz 1,2 Mrd. DM, AH-Anteil 13,5 %). Zwischen 1975 und 1978 wurden ca. 560 Mio DM Kredit gewährt. Bei entsprechenden Zugeständnissen stellte die BRD Kapitalanlagen von 2 Mrd. DM in Aussicht.

Nach Unterzeichnung eines neuen Kulturabkommens steht die Wiedereröffnung des "Goethe-Instituts" bevor.

Syrien begrüßt die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Trotz westdeutschen Dringens wird die BRD-Auffassung zur Staatsbürgerschaft nicht akzeptiert. Die SAR ist nicht bereit, der Forderung der BRD, Westberlin in das Besuchsprogramm hochrangiger Delegationen aufzunehmen, zuzustimmen. Sind Vereinbarungen mit materiellen Vorteilen für die SAR verbunden, würde jedoch bisher der "Land-Berlin-Klausel" zugestimmt.

Beziehungen SAR - USA:

In den letzten Jahren entwickelten sich die bilateralen Beziehungen zu den USA relativ schnell. Sie sind geprägt durch Illusionen der

940000
DStU

syrischen Führung, trotz objektiver Widersprüche die USA für eine stärkere Berücksichtigung der syrischen Interessen bei einer Nahost-Lösung gewinnen zu können.

Besonders 1977 kam es zu vielfältigen Aktivitäten in den Beziehungen (Treffen Carter - Assad, Investitionsschutzabkommen, Kulturabkommen, Vertrag über die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Erdölerkundung).

Die USA nutzen zielgerichtet ökonomische Mittel, um die innenpolitische Rechtsentwicklung in Syrien zu stimulieren und die Führung zu bewegen, außenpolitisch auf die Linie der USA-Nahostpolitik einzuschwenken. Nur zaghaft beteiligen sich amerikanische Kreise an der Kreditierung syrischer Projekte, der Außenhandelsumsatz ist relativ klein. Eine allmähliche Verstärkung des USA-Einflusses zeichnet sich auf kulturellem Gebiet ab.

Beziehungen zur VR China

Die SAR geht in ihrer Politik gegenüber der VR China davon aus, daß China eine Großmacht und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist. Es bestehen entwickelte bilaterale Beziehungen auf staatlicher und zum Teil auf gesellschaftlicher Ebene.

Trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu wichtigen internationalen Fragen (Haltung zur Sowjetunion, zur Lösung des Nahostkonfliktes, zu Vietnam und zu den Ereignissen in Zaire) ist Syrien an einer bestimmten Entwicklung der Kontakte zur VR China interessiert. Es hofft vorwiegend auf ökonomische Unterstützung und ist bestrebt, keine Belastung der Beziehungen zur UdSSR/SSG entstehen zu lassen.

Der chinesischen Führung ist es bisher nicht gelungen, Syrien für ihre antisowjetische Politik zu nutzen.

haltung der SAR zur Politik der Nichtpaktgebundenheit

Die SAR gehört zu den Gründungsmitgliedern der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, ist Mitglied des Koordinierungskomitees und bemüht sich um einen wachsenden Einfluss in dieser Bewegung. Sie tritt im wesentlichen konsequent für die Verstärkung der ant imperialistischen Positionen der Bewegung und für deren Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten ein. Schwerpunkt der syrischen Aktivitäten liegt darauf, die nichtpaktgebundenen Länder stärker für die Unterstützung der Nahostpolitik der SAR zu gewinnen.

Die SAR sieht die Besetzung der Nichtgleichberechtigung, Diskriminierung und Ausbeutung der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen als eine Grundfrage der Verwirklichung der Entspannung an. Folgende werden die beiden Weltausgleichssysteme gleichermaßen für die Überwindung des kolonialen Erbes verantwortlich gemacht.

Syrien spricht sich für die Wahrung der Einheit der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit aus und widersetzt sich Versuchen, sozialistische Staaten - insbesondere Kuba - aus dieser Bewegung auszuschließen.

UStM
000047

Entwicklung der Beziehungen DDR - SAR

Zwischen der DDR und der SAR bestehen vielseitig entwickelte Beziehungen auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene. Der hohe Stand der politischen Beziehungen (Herstellung diplomatischer Beziehungen 5. 6. 1969) findet seinen Ausdruck in einem regen, hochrangigen Delegationsaustausch. Höhepunkte waren u. a. die Reisen von Am Khaddam (1971), Otto Witzler (1972), Friedrich Ebert (1973), Gerhard Grüneberg und Horst Sindermann (1974), Oskar Fischer (1975), Gerald Götting (1976), Paul Verner (Febr. 1978) sowie die Syrien-Infanterie von Günther Kleiber (1975, 1977, 1978) und die Besuche hochrangiger Baath-Delegationen (1971, 1976) in der DDR.

Auf Ministersebene kam es zu einer Vielzahl gegenseitiger Besuche. Zwischen dem ZK der SED und der ASP bestehen seit 1968 Protokolle über die Zusammenarbeit. Ein Rechtshilfevertrag (1970) und ein Konsularvertrag (1978) bestehen.

Die Grundlagen für die Entwicklung der Beziehungen auf kulturell-wissenschaftlichen Gebiet bilden das 1966 abgeschlossene Kulturabkommen, das Gesundheitsabkommen von 1969 sowie das Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Förderungskultur und Sport (1969).

Hauptbereiche der Zusammenarbeit sind:

- die Aus- und Weiterbildung syrischer Kadres in der DDR und in Syrien
- die Entsendung von DDR-Wissenschaftlern, Spezialisten und Lektoren
- der Austausch von Studierendelelegationen
- die gegenseitige Übermittlung von Dokumentationen, Materialien und Informationen
- die gesundheitliche Betreuung und Ferienaufenthalte syrischer Bürger.

An Kultur- und Informationszentrum (KIT) der DDR in Damaskus
 lernten bisher ca. 2.500 Syrer die deutsche Sprache.

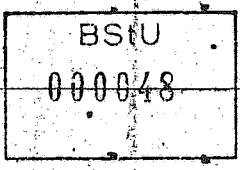
Die Realisierung der Abkommen über die Zusammenarbeit auf den
 Gebieten des Post- und Fernmeldewesens (1973), des Luftverkehrs
 (1965) sowie der Seeschifffahrt (1965) erfolgt in wesentlichen
 ohne nennenswerte Probleme.

Die Beziehungen auf den Gebieten Presse, Rundfunk, Fernsehen
 und der Nachrichtendiensten haben sich in den letzten Jahren
 relativ kontinuierlich entwickelt. (Grundlage: Informationsabkommen
 von 1971 und Vereinbarungen der entsprechenden Institutionen)

Zwischen dem Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der DDR und
 der Generaldirektion der "Stadt der Märtyrerkinder" des Ministe-
 riums für Verteidigung der SAR wurde 1978 eine neue Vereinbarung
 über den Delegations- und Erfahrungsaustausch zwischen beiden
 Einrichtungen abgeschlossen.

Die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Organisationen
 (FDGB, FDJ, VdGB, Konsum-Vorband, VAJ u. a.) beruhen auf der
 Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit den Partnerorganisa-
 tionen und sind breit entwickelt.

Bei der Ausbildung syrischer Kader in der DDR traten in den letzten
 Jahren zunehmend Schwierigkeiten aufgrund syrischer Forderungen
 nach "Entpolitisierung" der Lehrprogramme auf.



Stand der ökonomischen Beziehungen DDR/SAR

Zwischen der DDR und der SAR bestehen umfangreiche
 ökonomische Beziehungen. Grundlage der ökonomischen
 Zusammenarbeit bilden das langfristige Handelsab-
 kommen (1975), die Abkommen über die wirtschaftliche
 und technische Zusammenarbeit (1975 und 1978, Gewährung
 von Regierungskrediten in Höhe von 72 Mio US-\$ bzw.
 100 Mio US-\$) sowie die Vereinbarung über die wirtschaftliche
 und industrielle Zusammenarbeit (Gewährung von kommerziellen
 Krediten entsprechend einer Objektliste, abgeschlossen
 Juni 1973).

Die Gewährung der Regierungskredite (1965, 1969, 1975, 1978)
 sowie die Ausreichung kommerzieller Kredite haben einen
 günstigen Einfluss auf die Entwicklung des Exports der DDR,
 insbesondere von Anlagen und Maschinenbauzeugnissen,
 ausgeübt.

Entwicklung des Außenhandels - in Mio VM

	1970	1973	1975	1976	1977	Plan	1978	Verträge
Export	50,1	66,7	122,5	182,4	177,4	242,6		226,1
Import	16,8	14,6	89,7	67,5	70,0	82,4		63,1
Gesamt	66,9	81,3	212,2	249,9	247,4	325,0		

Der Anteil von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie
 am Export in die SAR beläuft sich auf ca. 95 %.

Entscheidende Marktpositionen (zwischen 80 und 90 %) erreichte
 die DDR bei

- Anlagen der Zementindustrie
- Getreidemöhlen
- Starkstromausrüstungen für die Landelektrifizierung
 (66- und 20-kV-Stationen)

Der Import aus der DDR konzentriert sich vor allem auf Erdöl und Baumwolltextilien.

Die Tätigkeit des 1970 gegründeten Gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR/DDR (GWA) wirkt sich stimulierend auf die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen aus. Bisher wurden 3 Tagungen des GWA (April 1975, April 1977, Juni 1978) sowie ein Treffen der beiden Vorsitzenden im Dezember 1977 durchgeführt.

Mit dem anlässlich der 3. GWA-Tagung im Juni 1978 abgeschlossenen Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit und der Vereinbarung über die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit wurden wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung des Exports in die DDR 1985 geschaffen.

Die als Anlagen zu den Abkommen vereinbarten Objektlisten sehen vor allem folgende Anlagen und Ausrüstungen für den Export vor:

- Starkstromausrüstungen für die Landelektrifizierung
- Zementanlagen
- Getreidemühlen
- Rollendes Eisenbahnmateriail
- Eisenbahn-Signal- und Sicherungstechnik
- Ausbildungszentrum für die Zementindustrie
- Produktionsstätte für die Herstellung von Ersatzteilen für die Zementindustrie
- Reparaturstationen für Lanzaachsen
- Landwirtschaftliche Maschinen einschließlich Mähdräher

Hauptabteilung XVIII/7

Leipzig, 5. September 1978
ha-kr

Not. Japan
MIG
llg.
ml.

Treff: 5. September 1978
GMS: "Kuno"
Ort: Hotel "Astoria"
Zeit: 16.00-17.30 Uhr

entgegengen.: Hptm. Hartung

BSU
000050

B e r i c h t

Über die vorgesehenen Staatsbesuche - Der Staatsbesuch des Schahs von Persien erfolgt vom 14. bis 17. Sept. 1978 in der DDR. In diesem Zusammenhang ist eine Vordelegation unter Leitung des Stellv. Ministerpräsidenten, Genossen R a u c h f u ß, mit einer Delegation nach Teheran am 4. Sept. 1978 abgereist, um ein Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vorzuberhandeln.

Im Zusammenhang mit dem 2. Staatsbesuch des syrischen Staatspräsidenten in der DDR ist ebenfalls die Entsendung einer Vordelegation unter Leitung des Genossen S c h u m a n n nach Damaskus vorgesehen, die ein Abkommen gleichen Inhalts vorverhandeln soll.

Dieses Abkommen ist auf Initiative des Genossen Dr. M i t t a g in Auftrag gegeben worden; der Text liegt vor und wurde am 4. Sept. 1978 mit Genossen Minister F i s c h e r, Genossen Minister K l e i b e r und Genossen S c h ü r e r abgestimmt, die ihre Zustimmung zum Abschluß eines solchen Abkommens gegeben haben. Es ist darüber hinaus vorgesehen, dazu eine Vorlage beim Präsidium des Ministerrates einzureichen. Diese Vorlage wird am 6. Sept. 1978 durch die zuständige Ländersektion erarbeitet.

Zur Wertung dieses Abkommens wäre zu sagen, daß die syrische Seite in der Vergangenheit am Abschluß derartig globaler Vereinbarungen auf zwischenstaatlicher Ebene wenig Interesse zeigte, da in der Vergangenheit alle Fragen in speziell vorgesehenen Abkommen vereinbart wurden, so u. a. im Handelsabkommen, im Zahlungsabkommen, im Abkommen über die Seeschifffahrt, im Abkommen über die wissenschaftlich-technischen Beziehungen. Darüber hinaus bestehen 3 Kreditabkommen mit Syrien, die konkret objektbezogen Lieferungen und damit auch die Kreditfrierung der Objekte vorsehen. Das neu abzuschließende Abkommen muß daher als ein ganz globales Rahmenabkommen langfristig für den Zeitraum bis 1990 verstanden werden und ist lediglich eine Basis für die Regelung allgemeiner Fragen. Es muß eingeschätzt werden, daß ein derartiges Abkommen wenig Anlaß gibt, Aktivitäten zu entwickeln für die weitere Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen, da die dort enthaltenen Artikel allgemein gültigen Charakter haben, die in den vorgenannten speziellen Abkommen bedeutend konkreter gelöst sind und somit auch vielmehr von Interesse für die syrische

BSU

000051

2

Seite sind. Der Abschluß eines derartigen Abkommens liegt lediglich unmittelbar im Staatsbesuch begründet mit dem einen Grund, neben der politischen Obereinkunft in den Gesprächen und noch zu vereinbarenden Dokumenten unbedingt Vereinbarungen auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet zu treffen.

gez.: "Kuno"

Hauptabteilung XVIII/7

Leipzig, 5. September 1978
ha-kr

Re. Syrien

AIG
Ma.
Jf

Einreise von israelisch
Bürgern?

Treff: 5. September 1978
GMS: "Kuno"
Ort: Hotel "Astoria"
Zeit: 16.00-17.30 Uhr

entgegenen.: Hptm. Hartung

BSU

000052

B e r i c h t

über ein Gespräch mit dem syrischen Ausstellungsleiter im Ringmessehaus, Herrn [REDACTED]

Herr [REDACTED] ist Absolvent einer Hochschule in der DDR und seit Jahren Absatzdirektor bei der Generaldirektion der syrischen Textilindustrie. Er war mehrfach als Ausstellungsleiter der Textilindustrie in Leipzig anwesend. Ich kenne Herrn [REDACTED] bereits seit mehreren Jahren.

Anlässlich eines am 4. Sept. 1978 geführten Gespräches über Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Syrien und der Geschäftsbeziehungen mit der DDR (AHB) wurde seinerseits an mich die Frage gerichtet, ob die DDR die Einreise genehmigte für Israelis. Ich habe ihn im Gespräch auf den Standpunkt der Regierung der DDR hinsichtlich der Israel/Haltung zu Israel grundsätzlich nochmals aufgeklärt, obwohl sie ihm seit Jahr und Tag bekannt ist und ihm erklärt, daß keinerlei Möglichkeiten gegeben sind, der Einreisen für Bürger dieses Staates.

Im Gespräch zeigte sich trotz persönlichen Kennenlernens eine gewisse Unsicherheit und Unglaubwürdigkeit mir gegenüber, verbunden mit der wiederholten Frage, ob nicht doch Möglichkeiten gegeben wären, Bürgern dieses Staates eine Einreise in die DDR zu ermöglichen. Ich habe das auf jeden Fall verneint und gebeten, mir dazu eine nähere Aufklärung zu geben, die er wie folgt darstellte:

Anlässlich eines Essens im Hotel "Stadt Leipzig" am 3. Sept. 1978 kam er mit am Tisch anwesenden Personen in das Gespräch, die ihn nach der Staatszugehörigkeit befragten, wozu er eindeutig erklärte, daß er Syrer wäre. In der Gegenfrage nach der Staatsangehörigkeit der anderen Personen gab es erst ein bedenkliches Schweigen, auf wiederholte Fragen haben sich die Gesprächspartner dann als israelische Staatsbürger zu erkennen gegeben. Die Unterhaltung wurde in Englisch geführt und Herr [REDACTED] bestätigte mir seinen festen Eindruck, daß es in der Tat auch Israelis gewesen sind. Um den Standpunkt unsererseits nochmals darzulegen, habe ich auf die Möglichkeit verwiesen, daß Bürger anderer Staaten die Möglichkeit der Beschaffung eines Zweitpasses anderer Staatszugehörigkeit nutzen, um auf dieser Grundlage eine Einreise genehmigung zur Messe zu erhalten. Er hat eine solche Erklärung zur Kenntnis genommen, ohne sich dazu näher zu äußern. Es ist wahr-

scheinlich, daß er gegenüber seinen Organen in der SAR oder auch Freunden über diesen Vorfall in Leipzig berichten wird. Aus eigenen Erfahrungen weiß ich, daß die syrische Seite auf Informationen über derartig eingetretene Vorkommnisse äußerst allergisch reagieren könnte.

gez.: "Kuno"

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Hauptabteilung Information und Dokumentation

116
21
BStU

000082

Streng vertraulich

INFORMATION Nr. 81/IX

5 16.
2 Seiten Berlin, den 21.9.1978. 26/

Besuch des syrischen Präsidenten Assad in der BRD (11.-15.9.1978)
(Quelle: AV Bonn, AV Damaskus, Abt. BRD, Abt. NMO)

Der syrische Präsident wurde von Außenminister Khaddam, Informationsminister Iskandar, Wirtschaftsminister Imadi und Staatsminister Hauraniyeh begleitet. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Bundespräsident Scheel, Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher, Brandt, Kohl, Strauß sowie führenden Vertretern der BRD-Wirtschaft standen das Nahostproblem und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

Der erste Besuch eines syrischen Präsidenten in der BRD fand unter dem Vorzeichen einer beträchtlichen Zuspitzung der Situation im Nahen Osten statt. (Camp David, Auseinandersetzungen im Libanon). Die BRD versuchte, den Besuch zu nutzen, um die Einflußnahme von seiten der imperialistischen Staaten auf die Nahost-Entwicklung weiter zu verstärken.

Die Führung der SAR sollte zu einer "aufgeschlosseneren" Haltung gegenüber der Separatpolitik veranlaßt werden. Darüber hinaus sollte Assad zur Einstellung des Vorgehens gegen die libanesischen Rechtskräfte bewegt werden.

Die BRD-Regierung versuchte, die syrische Führung in diesem Sinne unter Druck zu setzen. Es wurde ein Zusammenhang zwischen der weiteren ökonomischen Unterstützung der BRD und syrischen "Wohlverhalten" gegenüber der imperialistischen Nahost-Politik hergestellt.

Es wurde zugleich deutlich, daß die BRD mit der angestrebten Einflußnahme auf Syrien auch spezifische politische und ökonomische Interessen des BRD-Imperialismus in dieser Region verfolgt. Der BRD geht es darum, ihre Rolle als regionale westeuropäische Führungsmacht gegenüber dem Nahen Osten zu erhöhen. Bemerkenswert ist das einheitliche Auftreten von Regierung und Opposition sowie maßgeblicher Wirtschaftskreise gegenüber Assad.

Die syrische Führung verfolgte mit dem Besuch das Ziel, das politische Gewicht der BRD in der EWG und ihre engen Beziehungen zu den USA für eine stärkere Berücksichtigung syrischer Nahost-Inter-

essen zu nutzen.

Die Ergebnisse des Besuches verdeutlichen, daß es nicht möglich war, unterschiedliche Auffassungen in grundsätzlichen Nahostfragen zu überbrücken. Präsident Assad wiederholte seinen bekannten Standpunkt zur Ablehnung imperialistischer Versuche, die Nahostfrage über Separatabmachungen zu regeln.

Die betonte Würdigung der Nahost-Erklärung der EWG vom 29.7.1977 durch Präsident Assad zeigt jedoch das Bestreben der syrischen Führung, Ansatzpunkte für eine tendenzielle Annäherung der außenpolitischen Standpunkte zu fördern.

Die BRD war nicht bereit, den umfangreichen Wünschen der SAR nach Erweiterung der ökonomischen und finanziellen Unterstützung zu entsprechen. Getroffene Vereinbarungen gehen nicht wesentlich über den bisherigen Rahmen der Zusammenarbeit hinaus (auf wirtschaftlichem Gebiet erwartete die syrische Führung umfangreiche Unterstützung der BRD für bedeutende Einzelprojekte der SAR). Es zeichnet sich dennoch eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ab.

Beide Seiten hatten offenbar höhere Erwartungen in den Besuch gesetzt. Das Nichtzustandekommen eines offiziellen Abschlußdokumentes und die ungewöhnliche Brüskierung Assads durch Scheel (nach Trinkgespräch Assads trat Scheel noch einmal auf, um die unterschiedliche Position der BRD gegenüber Syrien in der Beurteilung der Politik Israels zu bekräftigen) sind ein deutlicher Ausdruck für das Fortbestehen ernsthafter Meinungsverschiedenheiten.

Vor Vertretern der BRD-Prese hat Präsident Assad betont, daß er von der DDR im Zusammenhang mit seinem bevorstehenden Besuch eine "starke Unterstützung für die arabische Position erwartet".

(Diese Information erhielten außer ATI-Empfängern:
Gen. Geggel, Häber, Scheibo, Tiedke
Gen. Weber, Sölle
Leiter der Länderabteilungen
Leiter der AV in Europa, N40, N7A, Washington, New York)

Hauptabteilung XVIII 67

Handwritten: LA, 12.11.79
Berlin, 10. Mai 1979
ha-kr

Treff: 9. Mai 1979
GMS: "Kuno"
IMK: "Schneider"
Zeit: 19.00-21.00 Uhr

entgegengen.: Hptm. Hartung

BStU

000084

I n f o r m a t i o n

zu aktuellen Problemen des Erdölimportes aus der Syrischen Arabischen Republik

Aus der Syrischen Arabischen Republik wird Erdöl in den letzten Jahren in einer Größenordnung von 300 bis 350 000 t vorgenommen. Der Vertrag für den Import für das Jahr 1979 wurde bereits im Dez. 1978 unterzeichnet. Dieser Vertrag beinhaltet neben den Lieferverpflichtungen der Partnerseite u. a. auch eine Klausel, die Preisveränderungen im Rahmen der OPEC-Beschlüsse vorsieht.

Gleichzeitig werden mit diesem Vertrag die Lieferungen entsprechend den monatlich vorgesehenen Bedarfsmengen seitens der DDR vereinbart. Die 1. Lieferung war für März 1979 vorgesehen in einer Größenordnung von etwa 45 000 t. Der Dampfer ist angelegt worden, überraschenderweise hat die syrische Erdölgesellschaft kurzfristig auf Grund entstandener Lieferprobleme in der Welt, insbesondere durch die Einstellung der Produktion im Iran, die Situation genutzt, um der DDR neue überhöhte Preise zu diktieren. Der Preis in der Größenordnung von 13,20 US-Dollar pro barrel, das entspricht 159 l, wurde unter Zugrundelegung der höchsten Preise für vergleichbare Erdölqualitäten aus anderen Ländern auf 15,20 US-Dollar festgelegt. Seitens der DDR wurde gegen ein derartiges Verfahren interveniert unter Einschaltung des Botschafters im Auftrage des Ministers für chemische Industrie und im Namen des Ministers für Außenhandel. Es konnten allerdings keine Veränderungen in der Haltung der syrischen Lieferanten erreicht werden, da sie erklärten, daß der festgelegte Preis die Billigung des syrischen Staatspräsidenten fand.

Alle Bemühungen, zu Preisverhandlungen zu gelangen, scheiterten. Auf Grund der nicht erzielten Obereinkunft auf preislichem Gebiet lehnte die syrische Seite die Beladung des Tankers ab. Selbst auf den Wunsch der DDR-Seite, doch die Zeit zu nutzen, um anschließend über Preise zu verhandeln und trotzdem den Tanker zu beladen, sind von syrischer Seite abschlägig entschieden worden. Durch die etwa 3wöchige Liegezeit des Tankers sind der DDR dadurch Unkosten entstanden in einer Größenordnung von etwa 500 000,-- VM.

Das unseriöse Verhalten der syrischen Seite auf preislichem Gebiet findet auch seinen Ausdruck darin, daß sie in der folgenden Lieferparty für den Monat Mai das Preisniveau weiterhin erhöhten, und zwar von Dollar 15,30 auf 15,81 US-Dollar und keinerlei Bereitschaft zeigten, Preisverhandlungen aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang wurden Überlegungen angestellt, und PCK empfehlen, unter Berücksichtigung, daß keine negativen Konsequenzen für die DDR eintreten, andere Lieferländer auszuwählen, in Diskussion waren Venezuela und Irak, hierzu muß gesagt werden, daß das Preisniveau bei Venezuela bei 12,30 US-Dollar lag, ein Angebot wurde jedoch nicht gegeben, bei Irak ist eindeutig erklärt worden, daß eine Lieferung nicht möglich wäre.

Es ist einzuschätzen, daß die syrische Seite auch weiterhin nicht bereit sein wird, über Preise zu verhandeln und daß jede Möglichkeit der Preiserhöhung von syrischer Seite in radikaler Weise genutzt wird, und keine Möglichkeit besteht, auf die syrische Seite einen gewissen Druck auszuüben, um ein internationalausgeglichenes Preisniveau zu erreichen. Aus diesem Grunde wurden intern im MAH Vorlagen beim Minister eingereicht, um die erhöhten Preise bestätigen zu lassen.

gez.: "Kuno"

BStU

000086

LA *J. J. J.*

Hauptabteilung XVIII/7/1

Berlin, 23. Juli 1979

entgegenen.: Hptm. Hartung

Treff: 16. 7. 1979

GMS : "Kuno"

IMK : "Schneider"

Zeit : 20.00 Uhr-21.30 Uhr

B e r i c h t

über ein Erdölangebot des syrischen Vertreters Saeb Nahas.

Saeb Nahas ist gleichzeitig Generalsekretär der Vereinigung der Handelskammern Syriens. Anlässlich eines Besuches am 3. 7. in Berlin hat Nahas den stellv. Minister, Gen. Dr. Schwierz zu einem Mittagessen eingeladen. Im Auftrag des DB-Leiters habe ich an diesem Essen teilgenommen.

Während des Gespräches wurden eine ganze Reihe Fragen behandelt, die die Wirtschaftsbeziehungen DDR/SAR betreffen, insbesondere Objekte an denen Nahas als Vertreter bzw. Vermittler direkten Anteil hat. Im Rahmen dieses Gespräches hat Nahas angeboten, Erdöl an die DDR zu spezifischen Bedingungen zu liefern. Es handelt sich hierbei um indonesisches Erdöl, das durch eine Gruppe an der Nahas beteiligt ist, angeboten wird. Interessant ist der gebotene Preis, in einer Höhe von 15 US-Dollar pro barrel. Es wurde ausdrücklich betont, daß es sich hierbei um einen Festpreis handelt, d. h. ein Preis, der für die Laufzeit eines Vertrages unverändert bleibt. An Menge wurden angeboten täglich 300 T barrel = 159 Ltr. pro barrel. Es wurde die Möglichkeit eröffnet, Verträge in der gewünschten Höhe abzuschließen, d. h. es können Jahresverträge bis zu einem Fünfjahresvertrag abgeschlossen werden. Als eine wesentliche Bedingung wurde gestellt, daß der Vertragswert nach Abschluß des Vertrags in voller Höhe sofort zu bezahlen ist.

Die Partner sind bereit, für dieses Wertvolumen eine Bankgarantie zu stellen. Eine weitere Bedingung war, daß vom Käufer mit der Anbietergruppe eine Provisionszu vereinbaren ist, die über den Vertragspreis hinaus zu zahlen wäre. Die Höhe der Provision ist nicht genannt worden.

Insgesamt erscheint dieses Angebot recht außergewöhnlich unter den derzeitigen Bedingungen der Erdölpreissteigerungen. Dieser unterbreitete Vorschlag wurde PCK Schwedt zur Kenntnis gegeben mit der Bitte, die Bedingungen zu kalkulieren und dazu evtl. Vorentscheidungen zu treffen. In Abstimmung mit PCK haben sich aus dem Angebot, das nur einige prinzipielle Bedingungen enthält zusätzliche Fragen ergeben, die Nahas anlässlich des Besuches des Gen. Schumann, stellv. des Ministers für Außenhandel, während seiner Besuchsreise in Damaskus, in der Zeit vom 10.- 13. Juli Nahas zur weiteren Beantwortung übergeben worden ist.

Die Fragen wurden von Nahas angenommen mit dem Bemerkten, daß er uns sie beantwortet zustellt.

gez.: "Kuno"

Hauptabteilung XVIII/7

Berlin, 5. Nov. 1979
ha-kr

Treff: 1. Nov. 1979
GMS: "Kuno"
IMK: "Landwirt"
Zeit: 19.00-21.00 Uhr

entgegenen.: Hptm. Hartung

BStU

000088

B e r i c h t

zu Problemen der Vorbereitung der Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/Syrien

Die Tagung ist bereits auf der 3. Tagung im Juni 1978 für Mai 1979 vereinbart worden. Zu diesem Zeitpunkt sah sich die syrische Seite außerstande, diesem Termin zuzustimmen, obwohl eine offizielle Einladung durch Genossen Minister K l e i b e r ausgesprochen worden ist.

Ober einen längeren Zeitraum - bis zum Monat Juli - hat sich die syrische Seite zum Termin nicht geäußert, erst danach gab es einen Vorschlag, in Anbetracht innerpolitischer Probleme diese Tagung in der zweiten Hälfte des Okt. 1979 vereinbarungsgemäß in Berlin durchzuführen.

Im Laufe der Zeit des Monats Sept. deuteten sich jedoch innerpolitisch größere Schwierigkeiten an, so daß die syrische Seite über Mittelsmänner und Stellv. Minister erkennen ließ, daß sie wahrscheinlich diesen Termin nicht einhalten kann. Es war erkennbar, daß aus gesamt-imperialistischen Überlegungen Anstrengungen unternommen worden sind, Syrien als progressives Land offensichtlich unter einen stärkeren Druck zu setzen, das war verbunden mit einer sichtlich stärkeren Aktivität der Moslem-Brüder in Syrien, die zu verschiedenen Methoden des Terrors und zu Attentaten zurückgriffen, viele Menschen, insbesondere aus den Kreisen der Partei, und der Armee fielen zum Opfer.

Eine 2. Frage, die die Regierung beschäftigte, waren stärkere Aktivitäten der syrischen Bourgeoisie, die als rechte politische Gruppierung erneut, die schon vor einigen Jahren, Machtansprüche stellten. Diese Umstände veranlaßten die Regierung, in der Gesamtpolitik größere Wachsamkeit zu üben und hat nur in geringem Umfang außenwirtschaftlichen Aktivitäten größere Bedeutung beigemessen. Aus dieser Situation war über einen längeren Zeitraum von syrischer Seite eine klare Haltung zu der zugesagten 4. Tagung des Wirtschaftsausschusses nicht zu erreichen.

Auf aktiven Einfluß der DDR-Seite unter Einschaltung des Botschafters und des Handelsrates sah sich die syrische Seite, trotz der innerpolitischen Schwierigkeiten, offensichtlich aus moralischen Gründen verpflichtet, ihre generelle Zusage für die Tagung einzuhalten und hat bestätigt, die Tagung am 15. bzw. 21. Okt. nach entsprechender Veränderung durch den Staatspräsidentenbesuch A s s a d in Moskau auf diesen

Zeitraum zuzusagen. Die Vorbereitung von DDR-Seite war auf diesen Zeitraum ausgerichtet.

Am Abend des 20. Okt. 1979 hat jedoch die syrische Seite durch den Stellv. Ministerpräsidenten an den Genossen K l e i b e r mitteilen lassen, daß sie sich aus bereits geschilderten Umständen außerstande sieht, den Termin der Tagung einzuhalten und sagte den Besuch ab. Sie bäten um Verständnis auf Grund der innerpolitischen Schwierigkeiten, erklärten andererseits das Interesse zur Durchführung der Tagung und luden die DDR-Seite zur Durchführung der Tagung nach Damaskus ein. Unter Berücksichtigung religiöser Feiertage, die in der Zeit vom 30. Okt. bis 3. No. 1979 stattfinden und des vorgesehenen Parteikongresses der Baath-Partei, genannter Tagungsbeginn am 16. Nov., wurde der DDR-Seite empfohlen, in der Zwischenzeit die 4. Tagung des Wirtschaftsausschusses in Damakus durchzuführen. Diesem Vorschlag wurde durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zugestimmt. Die Ausreise der Vordellegation zur Aufnahme der Verhandlungen erfolgt am 4. Nov. 1979

Der Vorsitzende der DDR-Seite, Genosse Minister K l e i b e r , wird zum Abschluß der Tagung am 8. Nov. 1979 in Damaskus eintreffen und einen Aufenthalt bis zum 11. Nov. 1979 in Damaskus haben. Die Rückkehr der Delegation nach Beendigung der Tagung ist für den 11. Nov. vorgesehen. Der Rückflug erfolgt für den wesentlichsten Personenkreis mit der syrischen Fluglinie, Genosse Minister K l e i b e r und seine Begleitung werden mit der Sondermaschine fliegen.

Zur Zielstellung der Tagung wäre folgendes zu sagen:
Obwohl mit Syrien im Laufe des letzten Jahres eine Vielzahl von Verträgen abgeschlossen worden sind in einer Gesamthöhe von rd. 440 Mio Mark, legt die DDR-Seite großen Wert, diese Tagung zu nutzen, um weitere Verträge für Anlagen und Ausrüstungen für den Zeitraum bis 1985 abzuschließen. Die Praxis hat bewiesen, daß die wesentlichsten Voraussetzungen für eine solche Entwicklung der ökonomischen Beziehungen auf dem Gebiet der industriellen Zusammenarbeit nur auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen möglich sind und dazu wird die Tagung dringend benötigt.

Ein 2 Fakt wäre: Durch den angekündigten Parteikongreß, der am 15. Nov, 1979 beginnen soll, ist zu erwarten, daß nach Beendigung des Parteitages sich die politische Führung im Parteiapparat ändern wird und erfahrungsgemäß Veränderungen auch nachziehen wird im Bereich der Regierung, da mit den derzeitigen politischen Führungskräften ein enger Kontakt besteht, wollte die DDR-Seite diese Kontaktmöglichkeiten nutzen, um eine solide ökonomische Basis für die Perspektive zu schaffen.

gez.: "Kuno"

Hauptabteilung XVIII/7

LA
BSTU
doppelt?
Berlin, 15. Nov. 1979
ha-kr

Treff: 14. Nov. 1979
GMS: "Kuno"
IMK: "Landwirt"
Zeit: 18.00-20.00 Uhr

entgegenen.: Hptm. Hartung

BStU
000090

B e r i c h t

zur durchgeführten 4. Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses
DDR/Syrien

Die ursprünglich für Berlin vorgesehene Tagung für den 21. Okt. konnte auf Wunsch der syrischen Seite nicht in Berlin durchgeführt werden. Auf Vorschlag der syrischen Seite, diese Tagung in Damaskus durchzuführen, gab die Regierung der DDR ihre Zustimmung.

Die Tagung begann am 4. Nov. in Damaskus mit den Verhandlungen einer Vordelegation, in deren Rahmen 2 AG Industrie und Landwirtschaft tagten. Während der Verhandlungen ist von der syrischen Seite die Unterstützung der DDR für Syrien besonders hervorgehoben worden. Im Mittelpunkt standen in der Diskussion der Besuch des Präsidenten der SAR im Okt. 1978 in der DDR, der nach allen Diskussionen und auch in Reden vorrangig und bedeutend für die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten eingeschätzt worden ist und auch bestimmend war für die Tagung in Damaskus.

Während des Besuches des Vorsitzenden der DDR-Seite, Genossen Minister K l e i b e r , hat es eine Reihe von Gesprächen auf der Ebene von Ministern gegeben. Hervorzuheben ist jedoch der Besuch beim Präsidenten der SAR, Haféz A s s a d , der gegenüber allen Normen eine Zeitdauer von etwa 1 1/4 Std. dauerte. Nach Informationen war das Gespräch geprägt von einer ausgesprochenen Aufgeschlossenheit, immer bezogen auf die persönlichen, freundschaftlichen Kontakte zum Generalsekretär der SED, Genossen Erich H o n e c k e r .

In der Abrechnung der Festlegungen seit diesem Besuch in Berlin wurde durch den Präsidenten der SAR eingeschätzt, daß alle getroffenen Vereinbarungen erfüllt worden sind, es bleibt eigentlich nur noch eine Aufgabe offen, die es zu erfüllen gilt und das wäre der Besuch des Generalsekretärs der SED, Genossen Erich H o n e c k e r , in Damaskus.

Zum wirtschaftlichen Teil der Verhandlungen kann grundsätzlich gesagt werden, daß auf Grund der gegebenen politischen Linie prinzipiell Bereitschaft vorhanden war, die dynamische Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet mit der DDR aus der Sicht der SAR auch weiterhin fortzusetzen. Es wurde in verschiedenen Gesprächen und Reden diese Seite besonders betont. In der praktischen Durchführung hat sich jedoch gezeigt, daß die Bereitschaft der SAR-Partner im Bereich der Ministerien und auch staatlichen Organisationen nicht übereinstimmend mit dieser Linie besteht. Die DDR-Seite war bemüht, und das war durch die Direktiven vorgegeben, im weiten Maße konkrete

Vereinbarungen zu Objekten zu erreichen, die im Zeitraum 1980-85 zu realisieren sind. In einer Vielzahl von Gesprächen ist es zu Vereinbarungen von Objekten auf dem Gebiet der Starkstromtechnik, Schienenfahrzeugen, Werkzeugmaschinenausbildungszentren und anderen Gebieten gekommen. Die syrische Seite war jedoch wenig geneigt, dazu echte termingebundene Verpflichtungen einzugehen.

Insgesamt kann durch den Aufenthalt der Delegation in Damaskus und insbesondere durch den Einfluß des Genossen Minister K l e i b e r das Ergebnis als positiv gewertet werden, wenn es auch als ein Kompromiß zwischen 2 Verhandlungspartnern zu betrachten ist.

Eine volumensseitige Aufrechnung der in den zwischenstaatlichen Vereinbarungen getroffenen Festlegungen zu Objekten und Ausrüstungen läßt erkennen, daß ein Volumen für den Export der DDR in einer Größenordnung von etwa 1 Mrd. Mark vereinbart worden ist.

Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen werden derzeitig Voraussetzungen geschaffen, gemeinsam mit den Industrieorganen der DDR und auch den AHB, um die Angebotstätigkeit vorzubereiten mit dem Ziel, im Laufe des nächsten Jahres weitestgehend die Objekte der Vereinbarung konkret in Verträge umzusetzen. Es wird eingeschätzt, daß in Anbetracht des Importregimes und der Konkurrenz dazu noch eine aufwendige harte Arbeit zu leisten ist. Entgegen allen bisherigen Erfahrungen, muß zu einer Frage folgendes gesagt werden:

Während der Verhandlungen auf den Tagungen des Wirtschaftsausschusses hat die syrische Seite immer wieder starke Kreditforderungen gestellt. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß auf der 3. Tagung im Juni 1978 2 Abkommen abgeschlossen worden sind, wonach die DDR der SXR einen Kredit in Höhe von 100 Mio Dollar und darüber hinaus einen 2. Kredit, unbegrenzt, mit einem Volumen von etwa einigen hundert Mio Dollar gewährte.

gez.: "Kuno"

Mag. 10. 11. 79

BStU
000092

VD IM/1 314/79 S. 3

6. Presse-OT der Botschaft der DDR in der Syrischen Arabischen Republik vom 10. 11. 79

Die Regierungszeitung "Al Thaura" berichtete über die 4. Tagung des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR-Syrien wie folgt:

„Der Minister für Transport Dr. Salim Yasin empfing am Freitag den Kandidaten des P.B. des ZK der SED und stellv. Vorsitzenden des MR der DDR, Günther Kleiber, Leiter der DDR-Seite des GWA, sowie die ihn begleitende Delegation. Während des Treffens wurden die positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern besonders nach dem Besuch von Hafez al-Assad in der DDR im vergangenen Jahr erörtert. Ferner wurde beraten, was inzwischen von den vereinbarten Protokollen im Rahmen der Zusammenarbeit in den Bereichen des Transport zwischen beiden Ländern erreicht und realisiert wurde. Schließlich wurde auch über die Schwierigkeiten gesprochen, die deren Realisierung entgegenstehen.“

In der politischen Wochensendung "Blick auf die Ereignisse" übertrug das syrische Fernsehen ein exklusivinterview mit Genossen Kleiber. Dabei nahm Genosse Kleiber zum Ziel seines gegenwärtigen Besuchs in Syrien, den Perspektiven der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und der SAR, Stellung. Er bekräftigte die solidarische Haltung der DDR gemeinsam mit den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft über den gerechten Kampf der arabischen Völker im allgemeinen und der SAR im besonderen.

Telegramm

A16
4u.

Absender: damaskus

Dringlichkeit: normal

Geheimhaltungsgrad u. Regist.-Nr. vd 192/79

Ausf. 4. Blatt 1

BSU
000093

Empfänger: gen. dr. burkert, sch
gen. schueszler, nmo
gen. dr. winkelmann
gen. plohner, mah

vorfall

entsprechend ihnen zugegangener sofortmeldung wurde ddr-buerger
am 26.11. durch 2 syrer, vermutlich sicherheitsbeamte, gezwungen, mit seinem pkw einen lkw zu verfolgen und geriet dadurch in einen schuszwechsel.
vorfall wurde in leitung botschaft ausgewertet.
zwischenfall ist ausdruck der in aleppo seit mehreren monaten bestehenden unsicheren situation, die durch haeufige konfrontationen zwischen sicherheitskraefte und oppositionellen extremistischen gruppierungen gekennzeichnet.
ddr-buerger werden darauf orientiert, konfrontationen zu meiden, sich nicht in diese engagieren zu lassen und im falle von bedrohung kein persoenliches risiko einzugehen.

unsererseits wird erwogen, das syrische mfaa ueber den vorfall zu informieren. dazu wurde detaillierter bericht von angefordert.

dr. winter
3.12.

kopie:

gen. dr. willerding/ gen. a. b. neumann/ k

Geschrieben:

Gesehen:

Gesehen:

Hauptabteilung XVIII/7

LA
System
BSU/10
000094
Berlin, 18. Febr. 1980
ha-kr

Treff: 16. Febr. 1980
GMSP "Kuno"
IMK: "Landwirt"
Zeit: 09.00-11.00 Uhr

entgegenen.: Hptm. Hartung

BSU

000094

B e r i c h t

Über Genosean Otto Müller - Gen. Otto M. war in den letzten Wochen sehr stark in Aktivitäten eingeordnet, die sich insbesondere nach außen richteten. Das betrifft im Rahmen der Funktion, die er als Sekretär in der AG RGW Irak wahrzunehmen hat, in diesem Zusammenhang gab es Konsultationen in Moskau und in Warschau. Wesentliche Probleme sind hieraus nicht entstanden. Die Hauptaktivitäten richteten sich in ein Gebiet, das seitens der DDR bisher noch nicht in handelspolitischer Arbeit enthalten war, das bezieht sich auf die Herstellung von Kontakten zu den Golf-Staaten. Hierzu sei vorweg bemerkt, daß im Auftrage des Stellv. Ministers, Genossen Schumann, vor etwa 1 Jahr dem Vertreter Nahass Aufträge erteilt worden sind zur ausgewählten Ländern, insbesondere zu Dubai Kontakte herzustellen, um auf dieser Basis zur offiziellen Gesprächen zu kommen. Diese Kontakte wurden hergestellt, und es hat im Jan. eine Reise des Stellv. Ministers, Genossen Friedmar Clausnitzer, gegeben in die Länder Kuwait und Dubai.

Die gesamte Reise ist von Otto M. vorbereitet worden. Er hatte auch die Reise mitgemacht. Während des Aufenthaltes hat es eine ganze Reihe von Kontakten und Gespräche auf höchster Ebene gegeben, an denen M. teilgenommen hat.

Erwähnenswert ist, daß während dieser Reise es u. a. bei der Zwischenstation in Kuwait einen Kontakt gegeben hat mit dem Präsident des Arabischen Fonds für ökonomische und soziale Entwicklung namens Dr. Imadi. Zur Person ganz kurz gesagt: Dr. Imadi ist Bürger Syriens und war seit 1972 bis zu seiner Berufung in diese Funktion im Aug. 1979 Wirtschaftsminister und verantwortlich gleichzeitig für den Außenhandel. Es gibt zu diesem Mann durch DDR-Persönlichkeiten aus seiner Funktion engste Kontakte.

Auf Grund von Festlegungen, die sich aus der Reise des Genossen Clausnitzer ergeben haben und in dessen Vorbereitung, ist im Febr. in Dubai eine Export-Ausstellung der DDR durchgeführt worden, deren Konzeption und/auch von Gen. M. erarbeitet worden ist. Aus seiner Verantwortung für diese Staaten hat er diese Ausstellung in der 2. Woche des Monats Febr. teilgenommen. Im Rahmen dieser Reise hat Otto M. eine schriftliche Einladung des Stellv. Ministers, Clausnitzer, in Kuwait den Präsidenten des Arabischen Fonds, Dr. Imadi, zum Besuch der DDR übergeben, der nach Bestätigung in der Zeit vom 18. bis 20. Febr. einen Besuch der DDR abstatten wird.

Auf Grund prinzipieller Interessen der DDR, insbesondere den Anlagenexport in die Entwicklungsländer zu forcieren, besteht die Absicht, mit Dr. I m a d i über die Finanzierung seines Fonds derartiger Objekte in die Entwicklungsländer Beratungen zu führen. Im vorbereiteten Programm für seinen Aufenthalt in Berlin sind u. a. Gespräche vorgesehen mit Stellv. Minister C l a u s n i t z e r, mit dem amtierenden Minister, Dr. S c h w i e r z, mit dem Stellv. Minister der Finanzen, Frau Dr. K ö n i g, mit dem Präsidenten der Deutschen Außenhandelsbank, Dr. P o l z e, und darüber hinaus ist ein Höflichkeitsbesuch vorgesehen beim Stellv. Ministerpräsidenten, R e i c h e l t, ausgelöst durch seine Funktion, die er in der Ständigen Kommission DDR/Kuweit als Vorsitzender ausübt.

Die nächsten Aufgaben, die vor Otto M ü l l e r stehen, sind die Vorbereitung der Tagung der Ständigen Kommission DDR/Irak, derzeit wird die Direktive vorbereitet, die ersten Konsultationen dazu mit Genossen K l e i b e r haben stattgefunden; die Tagung ist für Ende März geplant.

Zum Gesamtverhalten von Otto M. in der letzten Zeit kann nichts negatives gesagt werden. Es gab auch keinerlei Anhaltspunkte für ein verändertes Verhalten. Durch seine starke arbeitsmäßige Belastung und durch seine Parteifunktion als kooptiertes Mitglied der APO-Leitung, deren Aufgaben er auch sehr verantwortungsbewußt wahrnimmt, ist er gezwungen, seinen Arbeitstag sehr diszipliniert zu gestalten, und es kann auch eingeschätzt werden, daß er es versteht, sowohl gesellschaftliche als auch fachliche Arbeit exakt zu koordinieren.

gez.: "Kuno"

Ohne Anschreiben

Mfs HVA/III/716

Berlin, den 20.1.82

HA XVIII/7

Tgb.-Nr. HVA/III/716 24P 182

Enthält 2 Blatt

Leiter, Gen. OSL Lehmann

Betreff: Vermerk / Ökon. Bez. DDR-SAR

1. Zur Kenntnisnahme	Bemerkung:	BSTU 000096
2. Zur Stellungnahme		
3. Zur weiteren Erledigung	Jo	/6
4. Zur operativen Ausfertigung		
5. Zur Bestätigung, Unterschrift		
6. Zur Vorlage	7/10	/6
7. Mit der Bitte um Rückgabe		
weiter an:	Weiterleitung	Unterschrift
	Rücksprache	Roscher
	Anruf	OSL

Zutreffendes unterstreichen

V e r m e r kÖkonomische Beziehungen SAR - DDR (Projekt Weizenmühlen)

Aus syrischen Führungskreisen wurde zuverlässig bekannt:

Am 10. 1. fand eine Beratung des Ministerpräsidenten, seines Stellvertreters Kaddoura, des Ministers für Versorgung und Binnenhandel Ghabbash sowie des Ministers für Wirtschaft und Außenhandel, Yassin, statt. Beratungsgegenstand war die Frage, welchen Standpunkt die SAR-Seite zur Position DDR in der Fortsetzung ^{der} Errichtung von Weizenmühlen in SAR beziehen soll. (Die grundsätzliche Haltung dazu wurde vom Genossen Kleiber während der 6. Tagung des GWA Mitte Dezember und zuletzt im Schreiben von FLM vom 24. 12. 81 mitgeteilt.) In dieser Frage gab es harte Auseinandersetzungen zwischen Kassem und Kaddoura. Kassem will gegenüber der DDR kompromißlos und unverändert die syrischen Bedingungen durchsetzen und dazu einen entsprechenden Brief an Genossen Stoph richten. Für einen solchen Brief will er das Einverständnis Präsident Assads erwirken. Das Schreiben soll die Drohung enthalten, daß es zu weitreichenden negativen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen, insbesondere im Wirtschaftsbereich, kommen werde, wenn die DDR ihre ursprünglichen Zusagen für die Realisierung des Mühlenprojekts nicht einhalte und die syrischen Bedingungen akzeptiere.

Hintergrund der verhärteten Haltung Kassems ist ein hohes Provisionsangebot französischer Firmen (im Rahmen der Bahcop-Gruppe), wenn sie zukünftig die Errichtung von Mühlen in Syrien zugesprochen erhalten.

Kaddoura hat sich für weitere Verhandlungen mit der DDR ausgesprochen, um einen für beide Seiten akzeptablen, vernünftigen Kompromiß in der Frage der Realisierungs- und Preisbedingungen zu erreichen. Er vertritt die Auffassung, daß die DDR keine weiteren Zugeständnisse machen kann, da ansonsten der Mühlenbau für sie tatsächlich ein Verlustgeschäft werde. Dieser Position

BSU
000098

2

müsse syrischerseits Verständnis entgegengebracht werden. Trotz mancher Probleme sei die DDR ein zuverlässiger Partner.

Ghabbash und Yassin haben sich bei diesen Auseinandersetzungen zurückgehalten.

Verteiler

HVA III / 7

HA XVIII / 7

Hauptabteilung XVIII/7

BStU
000101

USU
10105
UA System
Berlin, 9. 8. 1983
kö-sta

entgegengenommen:
Hptm. Köhler

Treff: 14. 7. 1983
IMS: "Hüsing"
IMK: "Tulpe"

Zeit: 16.30-18.00 Uhr
Tonbandabschrift

BERICHT

über die durchgeführte Dienstreise nach der SAR in der Zeit
vom 28. Juni bis 2. Juli 1983

Der Hin- und Rückflug erfolgte mit der Interflug. Die Abholung in Damaskus erfolgte im Dienstwagen der HPA in Begleitung des Gen. Z e t e k , der gleichzeitig für ITA zuständig ist. Unterbringung erfolgte durch die Botschaft der DDR. Die Besuche bei den Verhandlungspartnern erfolgte in den meisten Fällen im Beisein des Gen. Zetek. Verhandelt wurde mit dem Armament Department über die Lieferung von Waffen und Munition sowie mit einem General über die ~~Einlieferung~~ ^{Eröffnung} der Akkreditive für den Vertrag 23.

Eine 2. Verhandlung fand mit dem Finanzmanager des Armament Department statt und mit dem Vorsitzenden des Einkaufskomitees. Im Anschluß an diese Besprechung wurde die Zentralbank konsultiert über den Stand der Akkreditive und die syrische Verschiffungsgesellschaft aufgesucht, damit diese an Deutrans Wismar, Versandinstruktionen für den Vertrag 23 weiterleiten. Vom General I s m a i l wurden wir am Ende der Besprechung in seine Privatwohnung eingeladen, um Überlegungen anzustellen, wie wir ihn als Vertreter für uns einstellen können. General Ismail ist der Vors. der Parteigruppe der Baathg-Partei im Armament Department. Er hat großes Interesse neben seiner dienstlichen Stellung ein Nebenverdienst zu haben. Er bot sich an, für die DDR eine Vertretung zu übernehmen. Ich habe vor, ihn als Vertreter für Waffen und Munition zu gewinnen. In dieser Funktion könnte er uns auch eine Vielzahl von wichtigen Informationen geben. Er ist bereit, zur Herbstmesse in die DDR zu kommen. General I. stellt sich gern als Kommunist dar, ist aber Großgrundbesitzer. General I. hat großen Einfluß, da er im gleichen Distrikt, wie der syrische Präsident Assad geboren wurde.

Seine 5 Kinder sind für syrische Verhältnisse recht ^{fortschrittlich} vorzüglich eingestellt.

Durch Gen. A r n o l d , Handelsattaché und 1. Stellv. des Handelsrates der HPA, wurde ich mit einer Firma zusammengebracht, die Interesse am Kauf von Waffen und Munition für die Syrische Politische Polizei hat.

BStU
000102

2

Bei den Verhandlungen legten sie mir eine Anfrage vor, die ganz offensichtlich von den revolutionären Gardes aus dem Iran stammte. Der Kapitän der Politischen Polizei, der bei den Verhandlungen anwesend war, bestätigte, daß man über diese Institution Waffen aus soz. und kap. Ländern für den Iran und andere Länder beschaffen würde. Von Bedeutung war die Information, daß man einen Preisaufschlag bis zu 15 % benötigt, um diese 15 % an einen religiösen Fonds im Iran abführen zu können. Ohne solch einen ~~Obelisk~~ käme kein Geschäft zustande.

Obulus

Eine weitere Verhandlung fand mit der demokratischen Front zur Befreiung Palästinas statt. Der Vertreter der PLO war sehr in Zeitdruck und nahm die Angebotene von mir entgegen. Es wurde ein neuer Termin für Juli 1983 in Damaskus vereinbart (20. 7. 1983). Er bat darum, daß ~~er~~ mit seinen Kollegen in Aden über technische Probleme weiter verhandeln soll.

Auf der gesamten Reise gab es keinerlei Vorkommnisse.

gez.

"Hüsing"

Akte
Itak

Reise Syrien, Stern/Paul, 8.7. - 19.7.85

Ein. Keyoc 2. Kl. mit
besonders: Seite 3

[Handwritten signature]
25.7.85

Teil II zum Sofortbericht

BStU
000109

Im Ergebnis der bisherigen Dienstreisen und Durchsetzung der Vertragsabschlüsse, zu den Positionen des Kreditabkommens vom 25.09.1984, wurden auf der Grundlage der Direktive weitere Verhandlungen geführt.

In die fachliche und organisatorische Vorbereitung wurden die Mitarbeiter des VEB CZ Jena und des VEB Schiffselektronik Rostock mit einbezogen.

Nach Beendigung der Dienstreise wird eingeschätzt, daß die Direktive alle Maßnahmen enthalten hat, um einen erfolgreichen Abschluß von Verträgen zu garantieren. Die erfolgte Einweisung aller Reiseteilnehmer war erkennbar bei der Verhandlungsführung und bei dem Auftreten jedes einzelnen Mitglieds der Delegation.

Der Inhalt und die Aufgabenstellung wurde durch den Chef ITA mit dem MAH/BSA abgestimmt und lag im Interesse der Auslastung des Kreditabkommens, besonders aber der Planbindung 1985 für die STAG Land 52.

Die beantragte Reiseroute wurde eingehalten. Die Abholung unserer Delegation erfolgte über VIP durch einen verantwortlichen General des Beschaffungsamtes, gemeinsam mit dem zuständigen Handelsattaché der HPA der DDR. Die Grenzformalitäten wurden vom Partner organisiert.

Die Anmeldung erfolgte in der Botschaft. Eine Anmeldung in Lattakia wurde unsererseits nicht vorgenommen, da wir im Offiziersclub der Seestreitkräfte untergebracht waren. Zur Betreuung wurden uns ein Oberst der Seestreitkräfte und zwei Kraftfahrer mit Fahrzeugen des Beschaffungsbüros der Armee bereitgestellt. Es erfolgten drei Einladungen zum Mittag- bzw. Abendessen in Lattakia und in Damaskus durch den Partner, an denen der zuständige Handelsattaché teilgenommen hat.

Als Abschiedsgeschenk wurde jedem Teilnehmer ein Folklore Holzkästchen und ein Kleiderstoff (2 m) übergeben. Vom Delegationsleiter wurden ebenfalls kleine Werbegeschenke übergeben.

An allen Verhandlungen nahm der Handelsattaché und die Delegationsteilnehmer teil. Während des Aufenthaltes wurden Verträge im Werte von 14 Mio VM abgeschlossen.

Weitere Verträge, besonders mit den Seestreitkräften, wurden vorbereitet und finden im abgeschlossenen Protokoll seinen Niederschlag.

Für die weitere Bearbeitung neuer Angebote und Vertragsabschlüsse zum Kreditabkommen, besonders aber für die Realisierung, ist eine verstärkte Reisetätigkeit erforderlich bzw. der Einsatz eines ständigen Beauftragten des MAH/BSA unumgänglich. Es ist damit zu rechnen, daß für die im Protokoll mit den Seestreitkräften enthaltenen Projekte die Betreuung von Montagegruppen erforderlich werden. Die nächste Dienstreise wurde auf Ende Februar Anfang März vereinbart.

Durch den Partner wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die DDR-Seite Bemühungen einleitet, die Bankenvereinbarung zum Abschluß zu bringen, da anderenfalls keine Vorauskasse getätigt werden kann und die Verträge keine Realisierung finden.

In den Verhandlungen vertrat der Partner eine ungerechte und des öfteren unbegründete Preispolitik. Erst nach längeren Verhandlungen wurde erkennbar, daß die technischen Vergleiche mit anderen Erzeugnissen außer acht gelassen wurden.

So wurde zum Beispiel bei der Preisverhandlung der KKU, die des Angebotes der SU - FKU zum Vergleich gezogen, die in keiner Weise in ihrer technischen Ausführung übereinstimmen. (unterschiedliche Ausstattung von Zubehören, Größe und Fassungsvermögen)

Es ist grundsätzlich anzustreben, einen Limitpreis festzulegen, der 25 % unter dem Angebotspreis liegt.

Alle Teilnehmer der Delegation waren fachlich gut vorbereitet. Es wurde eine konzentrierte Verhandlungsführung erreicht. Die Teilnehmer von CZ Jena hatten einen Aufenthalt von 5 Tagen (mit An- und Abreise) Der Teilnehmer von MER hatte einen Aufenthalt von 7 Tagen und die Genossen Stein und Paul von 10 Tagen. Die Teilnehmer traten korrekt und höflich auf. In der Verhandlungsführung kamen keine Besonderheiten oder Vorkommnisse vor. Die in der Namensliste aufgeführten Personen sind uns durch den Aufenthalt während ihrer Dienstreise in die DDR bzw. durch unsere Besuche bekannt.

Es handelt sich ausschließlich um Offiziere der SAR bzw. um einen Zivilangestellten des Beschaffungsbüros der Armee, welcher ein ehemaliger General des Beschaffungsbüros war.

Eindeutig war zu erkennen, daß alle Verhandlungspartner bemüht waren alle Maßnahmen zu treffen, daß das Kreditabkommen in Anspruch genommen wird.

Bei einigen Partnern, wie z.B. des stellv. d. Beschaffungsbüros, Gen. a.D. Dakal, gibt es klare Beispiele, daß er bewußt gegen unsere Kreditvereinbarung arbeitet. Es werden immer noch Bedarfserfordernisse an private Vermittler gegeben, um für einflußreiche Personen Provisionen in die Geschäfte mit einzubeziehen. Dieses Beispiel zeigte sich auch bei dem stellv. für Med. Dienste, die über eine syrische Privatfirma nach Abschluß unseres Vertrages einen Tender veröffentlicht haben und über eine Schweizer Firma Angebote bei ORWO für die SAR einholten.

Eine gleiche ablehnende Haltung brachte uns der Leiter der Verhandlungsdelegation der Seestreitkräfte entgegen, welcher in erster Linie die Nichanwesenheit des Chefs Seestreitkräfte ausnutzte, um bereits in der DDR geklärte technische Fragen mit neuen Problemen zu untersetzen. Admiral Michel Nahal selbst war nicht in der DDR. Nach Aussagen des Admirals Mohamed Yahya hat er in Frankreich studiert und wurde auch bei Geschäften mit Frankreich eingesetzt.

In den Verhandlungen stellte sich heraus, daß besonders die Personen welche die DDR besucht haben, am weiteren Ausbau der geschäftlichen Beziehungen bemüht sind.

Bei den Offizieren der Luftstreitkräfte wie General Barudi und General N. Dalal liegt die besondere Interesse bei der Erhaltung und weiteren Festigung der seit 1969 vorhandenen Geschäftsbeziehungen.

- 3 -


Während dieser Dienstreise gab es keine Vorkommnisse. Alle Belange und Aufgaben wurden mit dem Handelsrat, Gen. Monsees, und mit dem Handelsattaché, Gen. Bohnsack abgestimmt und ausgewertet. Die Festlegungen in der Direktive wurden korrekt eingehalten.

Bemerkungen:

- Chef der Seestreitkräfte General Tajara

In seiner Stellung nimmt er den Platz eines stellv. Ministers für Verteidigung ein. Er ist Mitglied des Politbüros der Partei (Baath) und war Teilnehmer des im Januar stattgefundenen Kongresses. Er ist ca. 52 Jahre alt, verheiratet und Vater von 3 Kindern. Sein Sohn studiert z.Zt. in Italien Maschineningenieur. Herr Tajara unterhält nach seine Aussagen gute Beziehungen zur SU und ist bemüht seine Beziehungen zur DDR auszubauen. Während seines Aufenthaltes wurde eine Einladung an Admiral Ehm ausgesprochen, die zwischenzeitlich durch den Minister für Verteidigung der SAR bestätigt wurde. In erster Linie bestehen weitere Wünsche über die Ausbildung von Offizieren in den Seestreitkräften der DDR sowie in Produktionsstätten für die Reparatur von Schiffsmotoren 503 (Wurzen).

Die z.Zt. bestehenden direkten Kontak^{alle}ten, die ausschließlich während unserer Besuche in Lattakia unterhalten wurden, reichen nicht aus die Beziehungen auszubauen. Der Militärattaché der DDR in der Botschaft verfügt z.B. über keinerlei Kontakt und lehnte den Vorschlag eines Zusammentreffens vor der Reise in die DDR ab. (Aussage des Gen. Bohnsack)

 24.1.85

20
BV Rostock

6/85

No 7/1

7
4
2. Inoffiziell wurde bekannt, daß seit ca. einem Jahr durch syrische Zollorgane bei der Einfuhr von Erzeugnissen aus der DDR bzw. von Erzeugnissen, die durch DSR-Schiffe nach Syrien verschifft werden, zunehmend unbegründete Zollstrafen erhoben werden.

Die syrischen Forderungen betragen gegenwärtig ca. 116 Mio VM. Hierbei sind nur die Zollstrafen erfaßt, die über 1000 VM betragen.

Der IM schätzt ein, daß diese Tendenz aus Liquiditätsproblemen Syriens resultiert und eindeutig darauf abzielt, zusätzliche finanzielle Mittel zu erwirtschaften.

Überfällige Forderungen durch das Ministerium für Außenhandel der DDR in Höhe von ca. 126 Mio VM, der DSR in Höhe von 10 Mio VM sowie ein überfälliger Kredit von 34,5 Mio VM belegen die Liquiditätsprobleme.

Nach Auffassung des IM werden durch die zuständigen zentralen Organe zu wenig Aktivitäten ausgelöst, um mit dem Hinweis auf die offenstehenden Forderungen der DDR die unseriösen Praktiken der syrischen Zollorgane zu beenden.

Durch die Abteilung XVIII besteht keine Möglichkeit zur Ergänzung bzw. Konkretisierung der Information.

BStU

000112

VEB Mechanische Werkstätten
K ö n i g s w a r t h a

Königswartha, den 12.06.1980

I n f o r m a t i o n

zu Problemen des speziellen Exportes

Im Büro des Betriebsdirektors unterhielten sich die Genossen [REDACTED] / [REDACTED] über eine schriftliche Unterlage aus der hervorging, daß wir Munition des Typs "M - 43" gegen US-Dollar an ein Land im Nahen Osten verkaufen. Sinngemäß, wir werden doch nicht beide Seiten beliefern, um uns unser Süppchen an diesem Feuer warm zu halten.

Ich wandte mich an den Direktor für Beschaffung und Absatz, Gen. Bundesmann, und erhielt folgende Auskünfte:

Im Ergebnis einer Reise des ITA nach Syrien, an der auch der Direktor für Beschaffung und Absatz des VEB Kombinat Spezialtechnik Dresden (KSD), Genosse May, beteiligt war, wurde Gen.

Bundesmann durch May angewiesen, für 1980 und 1981 jeweils 50 Mio Stück M - 43 für den Export bereitzustellen. Preis je 1000 Stück 86 US-Dollar ohne Transport und Versicherung. Dazu fand am 9. Mai im MWK eine Beratung statt. Ein erster Transport 4 t ging per Flugzeug ab Dresden ab. Voraussichtlich am 20.06. ein zweiter Posten per Schiff 10,1 Mio Stück, möglichst mehr.

Zur Realisierung dieses Auftrages liegt im MWK noch kein Vertrag vor. Nach telefonischer Auskunft des KSD - Gen. Martin, Stellvertreter von May, soll am 11.06.1980 ein Vertrag über 37,1 Mio abgeschlossen worden sein.

Da dem VEB MWK Munitionsmengen dieser Größenordnung nicht frei zur Verfügung stehen, wurde durch May mitgeteilt, daß dazu die Lieferung für die Staatsreserve in Höhe von 45,1 Mio M - 43 einzusetzen sei und 4 Mio zusätzlicher Produktion M - 43.

Die Leitung der Staatsreserve der DDR sei dazu informiert worden. Oberst Koch, Leiter der Abt. I der Staatsreserve, habe sich noch nicht zustimmend geäußert. Er äußerte die Meinung, daß es dazu der Änderung der Speziellen Staatlichen

Auflage für 1980 und auch 1981 bedarf.

Durch den Betriebsdirektor, Genossen Berger, erfuhr ich dazu, daß zur Produktion der zusätzlichen 4 Mio M - 43 4 Mio Hülsen aus der Ministerreserve des MWK genommen werden (Geschosse kommen von Lübben SWL). Der Leiter der Gruppe I im MWK, Gen. Burkhardt, war dazu nicht informiert. Eine schriftliche Genehmigung wurde für diese Entnahme nicht erteilt (Zuständigkeit MAF Berlin).

So ist man einerseits erfreut, daß es zum Export von speziellen Erzeugnissen kommt und rechnet andererseits mit Sanktionen wie z. B. Vertragsstrafen durch die Staatsreserve der DDR.

Gleichlaufend wurde ein mit der UVR abgeschlossener Vertrag mit AHU - Technika - Budapest Nr. 04210-00360 über die Lieferung von 40 Mio Zündhütchen einseitig unterbrochen. Nachdem im I./80 bereits 10 Mio Zündhütchen geliefert worden waren, sind die restlichen 30 Mio Zündhütchen für die Lieferung nach Äthiopien vorgesehen. Ungarn zählt zu den traditionellen Partnern unseres Betriebes. Durch diese einseitige Maßnahme (zumindest erscheint sie im MWK so) werden die Kontakte zur UVR nicht unwesentlich belastet.

Über diese Weisung des amt. Generaldirektors, Oberst Schubert, KSD, wurde ITA Berlin mit FS am 11.06.1980 informiert. Rückantwort liegt nicht vor.

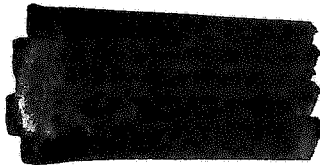
Liefertermin der 2. 10 Mio Stück ist der 30.06.1980.

PS: Zum speziellen Export gibt es seit dem 3.2.1971 die VVB-Richtlinie 2/71 (VVS KR 11/3 - 19/71) des GD der EBM Prof. Dr. Opitz. Dazu wurde eine Kombinarsrichtlinie im Gerätebaukombinat erlassen.

Im KSD gibt es eine solche Richtlinie nicht. So werden heute mehr und mehr nur noch zwischen ITA/einzelnen Betriebe die berechtigten Mitarbeiter ausgetauscht. Wer z. B. vom KSD für F/O bestätigt ist, weiß ich nicht. Auf diesen Mißstand

habe ich den Komb.-Fachdirektor für Sicherheit mehrfach hingewiesen, ohne daß es zu einer Änderung kam. Analog habe ich auch das Fehlen einer Kombinarsrichtlinie zur Betretens- Besucherordnung für Ausländer des Genossen Minister kritisiert.

Es gibt Widersprüche, um nicht zu sagen es gibt Einbrüche in das System der Geheimhaltung solcher entscheidender Positionen (Beispiel am Anfang des Berichtes).



Hauptabteilung XVIII/AG 1

Berlin, 29. Mai 1980

Reise Syrien ab 29. 4. 80 (offiz. Reisebericht GVS 741 533).

Wichtigster Kontakt: Generalmajor Mokajed, Chef des Amtes Beschaffung der Syrischen Armee. Seit 1974 bekannt, besitzt eine souveräne Position und wesentliche Verbindungen. Sämtliche Verhandlungen und Protokolle bedurften seiner Genehmigung. Sichtbar waren sämtliche Entscheidungen Mokajeds zu Gunsten der DDR.

M. hatte flg. Erwartungen an die DDR:

- Für 5 Mio \$/Munition = 50 Mio Stck M 43 (1000 Stck : 100/\$)
- 50 000 AKM
- 100 000 F 1 (Angriffshandgranate)
- 100 000 RGD 5 (Verteidigungshandgranate)
- 10 Mio Leuchtspur
- 30 000 Stahlhelme.

Mokajed zeigte ein unerwartet hohes Tempo, wollte sofort 3000 M 43 zur Erprobung und bot für schnellen Transport den Beauftragten der syrischen Airways in WB an. Für den Transport des gesamten Lieferumfanges bot er Flugzeuge an, er habe IL 26 T (Transporter), eine mit Aeroflot-Besatzung für Länderflüge.

Bei Vertragsabschluß wünscht M., die MPi nach 1980 zu erhalten. Mokajed legt Wert auf baldige Vertragsunterzeichnung. Er habe auch Kontakte mit westlichen Ländern, besonders nach Österreich. Er schätze bei der DDR jedoch nicht nur die Qualität gut ein, sondern auch die Termintreue und die militärische Geheimhaltung.

Tempo, Umfang und Art der Erzeugnisse (kurzlebig) lassen auf die Vorbereitung einer militärischen Operation schließen bzw. auf die Unterstützung einer befreundeten Bewegung.

Teilweise überschreiten die geforderten Mengen an Munition und Granaten die gegenwärtigen Möglichkeiten der DDR.

Möller denkt an geeigneten materiellen Anreiz für die spezielle Produktion.

Zur Lage in der SAR gab Möller folgende Einschätzung, wobei er Gespräche mit dem Botschafter, Handelsrat und Militärattache der DDR in Damaskus und sowjetischen Botschaftsangehörigen, u. a. Oberst Jestropow (Vertreter der IHV des GKES) anführte.

Die sowjetischen Genossen schätzen dabei die innenpolitische Lage in Syrien kritischer ein, offensichtlich unter dem Eindruck der Geschehnisse. In der vergangenen Woche wurde ein sowjetischer Offizier erschossen, die Presse betonte, daß es sich um einen Sowjetbürger handelte. In der Vergangenheit waren bereits 2 sowjetische Offiziere erschossen worden.

Assad habe wenig Resonanz im Volk, hat jedoch Massenresonanz in der Baath-Partei und stützt sich im wesentlichen auf das Militär. Die Genossen schätzen ein, daß er die Lage in Damaskus und der Umgebung in der Hand hat, weniger in und um die Städte Homs, Hama und Aleppo. Im November 1979 mußte er dort Regierungstruppen einsetzen. Hama und Aleppo sind durch Truppen abgesichert. Die labile Lage ist auf das Wirken der "Moslem-Brüder" zurückzuführen (die Positionen in Hama und Aleppo haben). Nach inoffiziellen Informationen soll in Hama eine Druckerei gefunden worden sein und ein Westdeutscher inhaftiert.

Die Autorität der bewaffneten Organe ist gewachsen, zumal Assad ehemals Militär war. Zur Kundgebung am 1. Mai stand Assad in exponierter Stellung. Dies wurde so gewertet, daß er Ruhe und Sicherheit demonstrieren wollte.

Aus der Botschaft der DDR seien bisher 3 Mitarbeiter republikflüchtig geworden, in der letzten Woche ein Befeld mit Frau und Kind per Pkw. B. war Mitarbeiter von Zeiß. Er hinterließ geordnete Unterlagen und 900 \$. In einem Brief erklärte er, daß er keinen anderen Weg gesehen habe, da er unüberbrückbare Zwistigkeiten mit dem Heimatbetrieb habe. Seine Frau war Sekretärin. Über diese RF war man stark verwundert.

Die sowjetischen Genossen bezeichnen Assad als positiv auf die sozialistischen Länder orientierten Politiker.

Möller teilte mit, daß auf dem Gebiet Flugzeuge/Triebwerke ein erheblicher Verlust eintreten wird. Bisher wurden für die SAR 245 Strahltriebwerke und ca. 45 Flugzeugzellen instandgesetzt. Die Preise dafür sind von KSD entschieden zu hoch und werden durch die VRB erheblich unterboten (teilweise bis zu 1/3).

Müller
H. Müller

(43)

Geheime Verschlusssache

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

BStU

1. Ausf., 10 Blatt

000118

gen. Brandt / Herrmann
- 2. Inf. am IETB abgeben
- dienstlich i. R. am 16.5.80
offensiv handeln mit
Zusicherung *1215-*
R

B e r i c h t über die Dienstreise vom
29. 04. bis 07. 05. 1980 in die SAR

1. Die Erfüllung der Aufgaben erfolgte auf der Grundlage der Direktive GVS B 741 466.

Die Bestimmungen über militärische Geheimhaltung wurden eingehalten.

2. Im Ergebnis der Dienstreise wurden mit der syrischen Seite folgende Dokumente unterschrieben:

2.1. Arbeitsprotokoll mit dem Chef der Verwaltung Beschaffung der syrischen Armee, Generalmajor Mokajed, siehe GVS B 741 530 / Anlage 4

2.2. Arbeitsprotokoll mit dem Chef der Beschaffung der Luftstreitkräfte der syrischen Armee, Generalmajor Zagby, siehe GVS B 741 531 / Anlage 4

2.3. Vertrag Nr. 126-1-80 vom 07. 05. 1980 über 5 Mio US Dollar minus 10 % einmaligen Nachlaß für 50 Mio M-43

Der Vertrag wurde mit dem stellvertretenden Leiter des Amtes für Beschaffung der Landstreitkräfte der syrischen Armee, Brigadegeneral Wess, unterschrieben.

Siehe GVS B 741 532 / Anlage 4

An den Verhandlungen nahmen die in der Anlage 1 aufgeführten Offiziere der syrischen Seite teil.

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 2

BSU

000119

3. **Schlußfolgerungen aus den Verhandlungen:**

3.1. Der Leiter der Verwaltung Beschaffung der syrischen Armee und die ihm unterstellten Beschaffungsorgane (der Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, der Marine, des Medizinischen und des Nachrichtendienstes) sind an weiteren kommerziellen Beziehungen mit dem Ingenieur-Technischen Außenhandel interessiert.

3.2. Zwei kommerzielle Wege sind dabei beschreitbar.

3.2.1. Über Sofortkasse angelehnt an die Bedingungen des abgeschlossenen Vertrages mit kurzfristigen Zahlungszielen innerhalb eines Jahres

3.2.2. Auf Kreditbasis mit den Bedingungen 5 Jahre Kredit, 20 % Zahlung bei Verschiffung, Zinssatz 3 %; ein Prozentsatz von 6 % (kommerzieller Kredit) wird von syrischer Seite abgelehnt.

Von Generalmajor Mokajed wird darauf verwiesen, daß zu diesen Bedingungen von 3 % mit allen sozialistischen Ländern auf der Basis eines Regierungskredites spezielle Lieferungen vertraglich abgeschlossen werden.

(Siehe auch Formulierung der syrischen Seite im Gesamtprotokoll Pkt. 4)

Unter diesen Bedingungen, so legte Generalmajor Mokajed dar, seien kurzfristige weitere Verträge abzuschließen möglich.

3.3. Das gegenwärtige Interesse der syrischen Seite konzentriert sich auf materielle Lieferungen.

Dabei steht folgende Technik im Vordergrund:

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 3

BStU

000120

- AKM 50.000 Stück
- M-43/Leuchtspur 10.000.000 "
- Handgranaten F-1 100.000 "
- " RGD-5 100.000 "
- Stahlhelme 30.000 "
- Medizintechnik
(für Röntgeneinrichtung)
- Ausbildungsklassen für
Nachrichtentechnik,
Sprachvermittlung (engl.),
Kraftfahrtechnik und
Fernsehen
- Werkstattwagen unter-
schiedlichster Ausstat-
tungen (Nachrichten,
Panzer, Bewaffnung, Optik
usw.)

3.4. Die langjährigen Beziehungen auf dem Gebiet der Flugzeug-
instandsetzung können in diesem Umfang z. Z. nicht fort-
gesetzt werden, da die Auffassungen zur Höhe der Preise
um etwa 15 bis 30 % voneinander abweichen.

Ursache: von bulgarischer Seite (Kintex) werden Angebote
unterbreitet, die die Möglichkeiten der DDR-Seite weit
unterschreiten.

(Beispiele siehe Anlage 2)

Es wird jedoch eingeschätzt:

- Die Miß-Flugzeugtypen der syrischen Luftstreitkräfte
sind die gleichen, für deren Reparaturen und Instand-
setzung das KSD ausgelegt ist.
- Die Stückzahl der Flugzeuge bewegt sich in einer sol-
chen Größenordnung, daß die Instandsetzungsaufgaben
dafür von ökonomischen Interesse sind.

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 4

BStU

000121

- Die bisherigen Inagjährigen Beziehungen und die gute Qualität der Arbeit des KSD (seit 1974 wurden rund 250 Triebwerksinstandsetzungen durchgeführt) haben die syrischen Luftstreitkräfte sehr positiv für das Zusammenarbeiten mit der DDR-Seite stimuliert.

- Von besonderem Interesse ist der Flugzeugtyp Mig-21 der in größerer Stückzahl in den Jahren 1980/81 für die Luftstreitkräfte der syrischen Armee zu erwarten ist.

(Zahlenangaben siehe Anlage 3)

3.5. Der syrischen Seite wurden weitere Angebote zu Liefermöglichkeiten des ITA auf der Grundlage der bestätigten Nomenklatur übergeben, die mit Interesse entgegen genommen wurden und zu denen die syrische Seite sich verpflichtete, bis zum 30. 06. 1980 Antwort zu geben.

(Siehe Positionen im Gesamtprotokoll und im Protokoll mit den Luftstreitkräften)

4. Schlußfolgerungen

4.1. Aufbau und Weiterführung einer intensiven Marktarbeit auf dem Gebiet des speziellen Außenhandels/ITA in der SAR.

Dazu:

- Bildung von Marktarbeitsgruppen auf dem Gebiete der Flugzeuginstandsetzung

- auf dem Gebiet der materiellen Lieferung

Verantwortlich: Chef ITA

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 5

BStU

000122

Es wird vorgeschlagen zu prüfen:

Übernahme des gegenwärtigen Attachés für WTZ in der HPA Damaskus, Genossén Zetek, durch den BSA für die Aufgaben des speziellen Außenhandels und Einsatz eines neuen Genossen WTZ für durch das MAH. / !

4.2. Abwicklung und Kontrolle aller notwendigen Aufgaben zur Realisierung des Vertrages 126-1-80 sowie der Aufgaben aus beiden Arbeitsprotokollen.

Hierzu ist durch den Chef ITA ein Maßnahmeplan bis zum 12. 05. 1980 zu erarbeiten und dem BSA zur Kenntnis zu geben. / Vorlage

Verantwortlich: Chef ITA

Es wird vorgeschlagen:

Die volle Stückzahl M-43 durch Nutzung der Möglichkeiten der Vertragsgestaltung KSD mit der Verwaltung Beschaffung evtl. über die Staatsreserve zu sichern. /

4.3. Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen, zum Abschluß von Folgeverträgen für:

- AKM (50.000 Stück)
- Stahlhelme (30.000 Stück)
- Handgranaten (200.000 Stück)
- Kompen (5.000 Stück)

Verantwortlich: Chef ITA

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 6

BStU

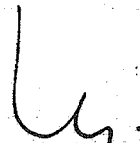
000123

4.4. Durchsetzung einer Leitungskontrolle über alle in den Protokollen, in den Arbeitsprotokollen enthaltenen Aufgaben (GVS B 741 530 und GVS B 741 531):

4.5. Termin einer ersten ausführlichen Berichterstattung über die Gesamtaufgabenerfüllung an den BSA zum 30. 06. 1980. T

Verantwortlich: Chef ITA

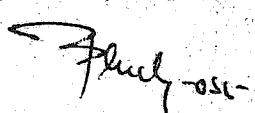
Chef ITA


M 8 1 1 8 0
Oberst

Beachtung zum GAB-Berichterst am 20.05.1980

teilnehmend: Oberst Schönke, Oberst Hells, OStB Bensch

- 1) Durch Oberst Hells wird berichtet, daß die unter 3.2 aufgeführten kommunikativen Wege gangbar sind, keine Anordnungsorgane zu speziellen Kreditbedingungen (3% Zinsen) mit nicht operativem Entsprechend ist gegenüber VAFK Standpunkt zu beziehen (s. Kabel für Erläuterung für Klein; gegenüber für Funkprüf 15.05.80).
- 2) Es wurde festgestellt, daß nicht die Pflicht der für die Delegation GWA/Klein Befehl Juni 1980 wird; deren operative Klänge vornehmen.
- 3) Die Bef. der Verantwortlichen unter Instruktion KSD sind mit einem Standpunkt zu Preisproblemen zum Schutz zu bringen.
- 4) Besetzung V/BSA-Damenhaus
 - Bericht für Dr. Cero, erfolgt nicht (diese Instruktion Oberst Hells);
 - Prüfung Detach willig (wie abgeprochen).


Fluch-ost

Anlage 1

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 7

BStU.

000124

Namen und Dienststellungen der an den Verhandlungen beteiligten
Offiziere der syrischen Seite

- | | |
|---------------------------|---|
| 1. Generalmajor Mokajed | Chef des Amtes für Beschaffung
der syrischen Armee |
| 2. Brigadegeneral Darkal | Stellvertreter des Chefs des
Amtes für Beschaffung der
syrischen Armee |
| 3. Brigadegeneral Madwar | Leiter der Vertragsabteilung
im Amt für Beschaffung der
syrischen Armee |
| 4. Brigadegeneral Wess | Stellvertreter des Chefs des
Amtes für Beschaffung der Land-
streitkräfte |
| 5. Oberst Seifo | Leiter der Vertragsabteilung
im Amt für Beschaffung der
Landstreitkräfte |
| 6. Generalmajor Zoghby | Chef der Beschaffung der Luft-
streitkräfte |
| 7. Brigadegeneral Barudi | Stellvertreter des Chefs für
Beschaffung der Luftstreit-
kräfte |
| 8. Brigadegeneral Darwish | Offizier im Amt für Beschaffung
der Luftstreitkräfte |

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 8

BStU

000125

9. Oberst Dallal

Leiter der Vertragsabteilung
bei den Luftstreitkräften

10. Generalmajor Admen

Chef des Medizinischen Dienstes
der syrischen Armee

11. Oberst Kikhya

Stellvertretender Chef Nach-
richten der syrischen Armee

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 9

Anlage 2

Beispiel zum Preisvergleich:

TYP	Angebotspreis/KSD	Preislimit	Preisangebot
MIg-21 PFM	185.000 \$	166.500 \$ 0,644	125.000 \$ VRB 0,483
MIg-21 FL	185.000 \$	166.500 \$ 0,644	110.000 \$ VRB 0,425

Handwritten: Preislimit?

Handwritten: Preislimit?

Ähnliche Differenzen in gleichen Größenordnungen ergeben sich für alle anderen MiG-Flugzeugtypen.

TW-Mi-8	66.000 \$	60.000 \$	48.500 \$ UdSSR
Mi-2	110.000 \$	99.000 \$	62.700 \$ UdSSR

BSU
000125.2

Geheime Verschlusssache

GVS-Nr. B 741 533

1. Ausf., Blatt 10

BStU

000126

Anlage 3

Zum Flugzeugbestand der syrischen Luftstreitkräfte (aus sowjetischer Produktion)

(Die Angaben stammen aus den geführten Gesprächen und wurden durch den Vertreter der IHV des GKES in der sowjetischen Botschafts Damaskus bestätigt.)

Typ	gelieferte Zahl	Verluste	Rest
Mig-21 M	40	28	12
Mig-21 MF	238	123	115
Mig-21 PFM/PFL	50	27	23
Mig-21 FL	32	22	10
Mig-21 F-13	40	7	33
insgesamt	400	207	193

Hinzu kommen Flugzeuge des Typs Mig-21 U (Doppelsitzer):

52 Stück

Es besteht ein Liefervertrag mit der UdSSR über Mig-21-bis:

200 Stück

(Z. Z. sind noch keine im Bestand; erste Lieferungen sollen im 2. Halbjahr 1980 erfolgen.)

40

Geheime Verschlusssache

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 530

2. Ausf., 7. Bl. 1

BStU

000127

Protokoll

Vom 30. April bis zum 05. Mai 1980 fanden zwischen einer Delegation der Armee der Syrischen Arabischen Republik, geleitet von Generalmajor M.A. Houkayed, und einer Delegation des Ingenieur-Technischen Außenhandels der DDR, geleitet von Oberst H. Möller, in Damaskus Verhandlungen statt.

Die Mitglieder der beiden Delegationen siehe Anlage 1.

Die syrische Seite schlug die Tagesordnung der Verhandlungen vor und sprach über ihre Wünsche zu Erzeugnissen, die sie geliefert haben möchten.

1. Die ITA-Seite war mit dieser Tagesordnung einverstanden und bot der syrischen Armee die folgenden Erzeugnisse im Interesse der Vertiefung der beiderseitigen guten Zusammenarbeit an:

1.1. Mobile Werkstatt WeWa-55 auf W-50 für Pioniere, Panzer, Nachrichten und Bewaffnung.

1.2. Wissenschaftliche Erzeugnisse des Kombines "Robotron" für Systemlösungen und wissenschaftliche Geräte einschließlich kartographische Erzeugnisse des Kombines "VEB Carl-Zeiss-Jena, DDR".

Geheime Verschlusssache!

GVG-Nr.: B 741 530

2. Ausf., Bl. 2

- 1.3. Oberholung von Flugzeugen Mig-21 und deren Triebwerke und Oberholung des Hubschraubertriebwerkes Mi-8 (2.117.A) und des Mi-8 Getriebes (WR-8A).

Die Lieferung von Flugzeugfanganlage TFF-72 und ATU/G 1, Tankcontainer TC-10, Mobiler Hubschrauberlandeplatz, Kleinwerkstatt TKW-1, Treib- und Schmierstofflabor T/S-W 72.

Während der Verhandlungen zwischen der SAAF- und ITA-Delegation wurden alle Fragen der Instandsetzung und Lieferung von Erzeugnissen diskutiert und die Ergebnisse in einem Arbeitsprotokoll als Anlage 2 festgehalten.

- 1.4. Die ITA-Seite erklärte weiterhin die Bereitschaft für die Instandsetzung der Raketen P 15 / P 15 U und die Lieferung des Mobilien Regelbandes für die Prüfung der oben erwähnten Raketen.

Preis: 96.000 US-\$ fob für ein Mobiles Regelband.

- 1.5. Die ITA-Seite bot für Ausbildungszwecke an:

Funk- und Fernschreibklasse

Navigationssklasse

Morseklasse.

- 1.6. Verschiedene mobile medizinische Erzeugnisse.

Die ITA-Seite wird die Möglichkeit prüfen, ein Fahrzeug für die Erste Hilfe - auf Regimentsebene einsetzbar - anzubieten, das von Generalmajor Majed Azmei gewünscht wurde.

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 530

2. Ausf., Bl. 3

- 1.7. Weitere Erzeugnisse der Speziellen Produktion wurden angeboten, siehe Anlage 3.
2. Entsprechend des Wunsches der syrischen Seite nach Lieferung von 50 Mio Schuß Munition M 43 für die AKM, gab ITA folgendes Angebot ab:
100 US-\$ c & f für 1.000 Stück M 43
Lieferzeit: II. - IV. Quartal 1980.
3. Der Wunsch der syrischen Seite nach einem Regierungskredit wird durch ITA geprüft. Vorgeschlagen wurde folgende Möglichkeit für die Munition M 43:
20 % Zahlung gegen Verschiffungsdokumente, 5 Jahre Kredit für 80 % und festgelegte Jahresraten mit 6 % Zinsen.
4. Die syrische Seite schlug vor zu zahlen:
10 % innerhalb 60 Tagen nach Ratifizierung, 10 % gegen Verschiffungsdokumente, 80 % zu einem 5-Jahres-Kredit und einer festgelegten Rate von 3 % Zinsen. Diese Möglichkeit soll anwendbar sein für alle Verträge mit ITA.
5. Die syrische Armee wünscht folgende Lieferungen:
 - Fernsehausbildungs-klasse auf Kabelfernseh-basis
 - Nachrichtenausbildungs-klasse
 - Fremdsprachen-klasse
 - Fahrtrainer-klasse

ITA wird die Möglichkeiten dafür kurzfristig prüfen, wenn er von der syrischen Armee die notwendigen Spezifikationen erhält.

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 530

.4. Ausf. Bl. 4

7. Zur Fortsetzung der guten Zusammenarbeit wurde Generalmajor M.A. Moukayed zu einem ITA-Besuch eingeladen.
8. Während des III. oder IV. Quartals werden beide Seiten gemeinsam auf der Grundlage des exakten Bedarfs der syrischen Armee für 1981/1982 die Verhandlungen fortsetzen.
9. Die Anlagen 1 bis 3 sind integrale Bestandteile dieses Protokolls.
10. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Vertrag mit einer Summe von 5.000.000,- US-\$ abgeschlossen. Gewährt wurde ein spezieller Rabatt von 10 %, demnach entspricht der Gesamtwert 4.500.000,- US-\$ c & f.

Die syrische Armee ist für 1980/1981 interessiert an folgendem:

Ferngläser	15.000 Stück
Kompen	5.000 "
Negatoscope	entsprechend einer Zusammenstellung
7,62 mm Munition	50.000.000 Stück (Vertrag wurde bereits unterzeichnet)
Weiterentwickelter Geschosswerfer (RFG)	
Handgranate F-1	100.000 Stück
Handgranate RGD-5	100.000 "
7,62 mm M 43 für Leuchtspur Kaliber T 45	10.000.000 "
Schlauchboote	5 "
Stahlhelme	30.000 "

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 530

2. Ausf., Bl. 5

BSU

000131

Beide Seiten gaben ihrer Zufriedenheit über die während der durchgeführten Verhandlungen herrschenden guten Atmosphäre Ausdruck.

Damaskus, 07.05.1980

gez. Moukayed
Generalmajor

für die syrische Armee

gez. Möller
Oberst

für ITA

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 530

2. Ausf., Bl. 6

BSU

000132

Anlage 1

1. Delegation der Syrischen Armee:

Generalmajor M.A. Moukayed, Leiter der Delegation
Generalmajor Abdul-Ghani Zoghbi
Brigadegeneral Fares Darkal
Brigadegeneral Samih Weiss
Oberst Jaudat Kikhya

2. Delegation des Ingenieur-Technischen Außenhandels:

Oberst H. Möller, Leiter der Delegation
K.H. Leich
Dr. H. Caesar
S. May
D. Zetek

Anlage 3

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 530

2. Auf., Bl. 7

BStU

000133

Entsprechend Punkt 1.7. dieses Protokolls:

- Wasserfilterstation WFS-3/72
- Wasserfilterstation WFS-2/72
- Wasserfilterstation WFS-1/72
- Tankcontainer TC-10
- F-1
- RGD-5
- Zelt 4 x 4 m
- Zelt 5 x 5 m
- Fallschirmleuchtgeschöß 5000/L4
- Nebelwurfkörper
- Handleuchtzeichen HLZ 1000 F
- Handleuchtzeichen 30 mm HLZ
- Handleuchtzeichen 40 mm HLZ-F
- Handsignalraketen mit Farbsternen
- AKM (50.000 Stück)
- Mobile Werkstätten

41

Geheime Verschlusssache

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 531

...Ausf. f. Bl. .1.

BStU
000134

Anlage 2

Arbeitsprotokoll

Am 3.5.1980 und 4.5.1980 fanden zwischen einer Delegation des ITA der DDR unter der Leitung von Oberst Möller und den Mitgliedern

- K.H. Leich
- S. May
- Dr. H. Caesar
- F. Zetek

und einer Delegation der SAAF (Air Force) unter der Leitung von Gen.-Major A.G. Zagbi und den Mitgliedern

- Brigadegeneral N. Baroudi
- Brigadegeneral F. Darwish
- Brigadegeneral S. Turgman
- Oberst N. Dallal

Verhandlungen zu folgenden Problemen statt:

1. Die SAAF übergibt eine Liste mit folgendem Inhalt:
 - A. Überholung von Flugzeugen für 1981
 - B. Überholung von Triebwerken für 1980/1981
 - C. Ersatzteile für Flugzeuge
 - D. Bemerkungen zum Vertrag 621/G/10 - Supp. 1
 - E. Gas Ferion 22 und 142
 - F. Öle und Fette für Flugzeuge
 - G. Wünsche der SAAF zu Versorgungsfahrzeugen für den Flugplatzservice
 - H. Munition und Bewaffnung für Flugzeuge
 - I. Zelte zur Unterbringung von Ausrüstungen einschließlich von Flugzeugen und Tarnnetze
 - J. Aufblasbare Gummimodelle für Flugzeuge und Fahrzeuge
 - K. Flugzeugfanganlagen ATU-G/1 und TFF-72
 - L. Radio-Bodenstationen
 - M. Ausrüstungen für Fahrzeugreparaturen

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 531

2. Ausf. Bl. 2

BStU

000135

2. Nach der ersten Überprüfung der Wünsche der SAAF übergab ITA das folgende Angebot:

A. Preise für die mittlere Instandsetzung für Flugzeuge Mig 21 bis zu 900 Betriebsstunden - fob DDR - gültig ab 1981:

- Mig 21 PFM, FL (94)	130.000 US-§
- Mig 21 F-13 (74)	125.000 US-§
- Mig 21 M / MF (96)	139.000 US-§
- Mig 21 U (68, 69)	140.000 US-§
- Mig 21 BIS (75)	312.000 US-§

B. Preise für die Überholung nach 1.200 Betriebsstunden (plus 200 Std.)

fob DDR gültig ab 1981:

- Mig 21 (66)	185.000 US-§
- Mig 21 (68)	218.000 US-§
- Mig 21 (69)	228.000 US-§
- Mig 21 (74)	175.000 US-§
- Mig 21 (94)	185.000 US-§
- Mig 21 (96)	Preis wird bis 30.6.1980 übermittelt.
- Mi - 2 Überholung	110.000 US-§
- Triebwerk TB 2.117 A	66.000 US-§
- Getriebe WR - 8 A	18.000 US-§
- Überholung des Triebwerkes Typ R 11 F 2 S - 300	32.500 US-§

C. Ein technisches und finanzielles Angebot für folgende Erzeugnisse der speziellen Produktion wurde übergeben:

- Hubschrauberlandeplatz Mohla-1	7 Stück
Preis pro Stück 20.500 US-§	fob DDR
- Flugzeugfanganlage ATU - G/1	
Preis pro Stück 437.100 US-§	fob DDR
- Flugzeugfanganlage TFF-72	
Preis pro Stück 90.500 US-§	fob DDR

- Flugzeugbetankungsfahrzeug (Fahrzeug und Anhänger)
mit einer Kapazität von 10.000 l
Preis pro Stück 60.000 US-\$
- Transportable Kleinwerkstatt zur Reparatur
von Flugzeugen (TKW-1)
Preis pro Stück 35.000 US-\$ fob DDR
- Treib- und Schmierstofflabor T/S-H 72

Nach dem Studium der o.g. Preise gibt die SAAF ihrerseits für 1981 den Bedarf und die Preise zur Überholung von Flugzeugtechnik den Vertretern des ITA bekannt:

Bezeichnung	Stück	vorgesehene Überholung	Preise der SAAF auf fob-Basis in US-\$
Mig 21 PFM nach 1.200 Std.	1	1981	125.000
Mig 21 FL nach 1.200 Std.	2	1981	110.000
Mig 21 M nach 1.200 Std.	1	1981	-
Mig 15 U Überholung	2	-	ITA führt keine Überholung durch
Mig 17	12	1981	-
Mig 17 F	5	1981	-
Mi - 2	11	1980/1981	62.700
Triebwerk (TB 2 - 117 A)	45	1980	48.450
	13	1981	
Getriebe Mi - 8 (WR - 8 A)	1	1980	16.200
	10	1981	
Triebwerk R 11 F 2 S - 300	10	1981	25.400
	30	1982	

Die SAAF akzeptiert damit einen durch ITA angebotenen Preis

Bezüglich des Hubschraubers Mi - 2 fragte die SAAF, ob ITA in der Lage ist, vom obengenannten Hubschrauber den Körper und das Triebwerk zu überholen. Für die Überholung der Triebwerke sollen die technischen Bedingungen generell vergleichbar sein. Die SAAF bezahlt die anfallenden Kosten für die Überholung dieser Triebwerke. Die ITA-Delegation erklärte, die Preise für die Überholung generell um 10 % zu reduzieren. Die Preise werden dann wie folgt festgelegt:

- Mig 21 PFM (nach 1.200 Betriebsstd.)	166.500 US-\$
- Mig 21 FL (nach 1.200 Betriebsstd.)	166.500 US-\$
- Mi - 2 (Überholung nach 1.000 Betriebsstd.)	99.000 US-\$
- Triebwerk TB 2 - 117 A	60.000 US-\$
- Getriebe für Mi - 8 (WR - 8 A)	16.200 US-\$
- Triebwerk R 11 F 2 S - 300	30.875 US-\$

Die beiden Seiten werden die Preisdifferenzen mit ihren vorgesetzten Stellen prüfen.

ITA wird dann die SAAF über ihren endgültigen Standpunkt bis 30.6.1980 informieren. In dem Fall, daß eine beiderseitige Einigung erreicht ist, wird ITA eine Delegation zum Abschluß eines Vertrages zur Air Force entsenden.

Für die Probleme, für die ITA keine Preise für die Überholung genannt hat (Mig-21 M, MF und Mig 17, 17 F) werden die entsprechenden Preise bis 17.5.1980 durch den Vertreter in Damaskus übergeben, der bis dahin diese Mitteilung per Kabel erhält.

- ITA wird der SAAF eine Antwort bezüglich aller genannten Probleme aus Paragraph 1 bis Ende Juni 1980 übergeben.
- Die SAAF wird ihrerseits ITA bis 30.6.1980 die Entscheidung zu den übergebenen Angeboten übergeben.
 - Flugzeugfanganlage ATU - G/1 und TFF-72
 - Hubschrauberlandeplatz (Mohla - 1)
 - Tarnnetze für Flugzeuge (TS - 75)
 - Flugzeugkleinreparaturwerkstatt (TKW-1)
 - Tankcontainer (TC - 10)
 - Treib- und Schmierstofflabor (T/S - H 72)

- Bezüglich der guten Beziehungen sagte die ITA-Delegation zu, daß es möglich ist, die gefragten Ersatzteile für Flugzeuge der SAAF mit einem syrischen Frachtflugzeug zu liefern, das Triebwerke in der ersten Juniwoche in die DDR liefern wird. Ein entsprechender Vertrag wird dazu unterzeichnet. ITA wird per Kabel der SAAF die Preise der genannten Ersatzteile bis 20.5.1980 mitteilen. Die SAAF wird durch den Vertreter des ITA in Damaskus in entsprechender Zeit die übergebene Ersatzteil-Anforderung bestätigen.
3. Die SAAF bekräftigte ihren Wunsch, ihre Flugzeuge IL-76 zum Transport der Ausrüstungen in die DDR und zurück einsetzen zu können. ITA erklärte sich damit einverstanden und schlug vor:
- A. 6 % Reduzierung der Kosten der überholten Triebwerke entsprechend der Ergänzung Nr. 1 zum Vertrag 621/G/10, die per Luftfracht nach der Überholung aus der DDR abtransportiert werden, Vertragsbedingung cif. Für diesen Fall wurde vereinbart, ein Übergabe-/Übernahme-Protokoll durch Vertreter beider Seiten bei der Ladung auf dem DDR-Flugplatz zu unterzeichnen.
- Das besagte Protokoll wird das "Airway-Bill" und die Versicherungspolice ersetzen, die in den Vertrags-/L/C-Bedingungen enthalten sind.
- Die SAAF schlug vor, die L/C-Bedingungen in Übereinstimmung mit der o.g. Reduzierung des Wertes zu ändern und jede Rechnung mit dem Gesamtwert der Überholung minus der Reduzierung auszuweisen. Der Preis des Triebwerkes nach der Reduzierung wird 51.982 US-\$ betragen.
- B. Die Bedingungen des Paragraphen 3.A. ist anwendbar auf die Ergänzung Nr. 9 zum Vertrag 621/G/10.
- C. Generell wird die Reduzierung um 6 % auf alle Preise angewandt, wenn Lieferungen auf CIF-Basis vereinbart waren, aber die Erzeugnisse durch SAR-Lufttransporte befördert werden.

Geheime Verschlusssache!

GVS-Nr.: B 741 531

.2. Ausf. Bl. 6

BStU

000139

4. Bezüglich der festgelegten 65 Triebwerke (R 13 - 300) vertraglich gebunden zur Überholung in der DDR in Ergänzung Nr. 1 des Vertrages 621/G/10 wurde folgendes vereinbart:
- A. Anlieferung von 10 Triebwerken oder mehr mit Luftfracht bis 1. Juni-Woche 1980
 - B. Anlieferung von 15 Triebwerken mit Luftfracht bis Oktober 1980
 - C. Anlieferung von 40 Triebwerken mit Luftfracht im Jahr 1981; es wurde vereinbart, daß die Überholung bis in das nächste Jahr reichen kann.
Ende 1981 wird das letzte Datum für die Realisierung der Ergänzung Nr. 1 des Vertrages 621/G/10 sein.
5. Die SAAF erklärte zum Triebwerk Nr. 132 95 087 (R 13 - 300), das entsprechend Vertrag 621/G/10 nach der Überholung zurückgeführt wurde, daß nach dem Einbau des besagten Triebwerkes in das Flugzeug der Test ergab, daß mit Sicherheit Deformationen an den Kompressorflügeln (in der 2. Stufe) vorhanden sind und die Temperatur mehr als das erlaubte Limit betrug. In Anbetracht, daß die Laufzeit nach der Überholung nur 2 Std. und 41 Minuten betrug, wird die SAAF einen technischen Bericht über dieses Problem übermitteln.
Die SAAF erklärt weiterhin, daß das Triebwerk R 13 - 300 mit der Nr. 514 95 136, das zum gleichen Vertrag überholt wurde, nach der Überholung ohne Logbuch zurückgeschickt wurde. Mit Brief Nr. 19773/621/2 vom 27.10.1979 wurde mitgeteilt, daß das besagte Logbuch fehlt. ITA schlug vor, das Logbuch zu beschaffen und es, um die Sache abzuschließen, zu übersenden.

Beide Seiten brachten ihre volle Zufriedenheit über die in einer freundlichen Atmosphäre geführten Gespräche zum Ausdruck.

Unterschrift
für die SAAF

Unterschrift
für ITA

Hauptabteilung XVIII/AG 1
erh. Hptm. Kammel

Berlin den 05.01.79
IM "Ilse"

Reklamationen Syriens an instandgesetzten Mig

Während der Reise Syrien wurde bekannt, daß dort eine Mig abgestürzt sei, die von Dresden instandgesetzt worden war. Es wurde jedoch nicht gesagt, daß die Ursache des Absturzes bei Dresden zu suchen sei. Angeblich wurde ein Bulletin durch Dresden nicht beachtet, das die Abdichtung der Kanzel vorschreibt. Bei dieser Maschine konnte der Pilot abspringen.

Da es hieß, daß eine zweite Maschine in Syrien abgestürzt sei, wurde durch Oberst Möller und Oberst Anders in Dresden vorgeschlagen.

Dort wurde bekannt gegeben, daß zum Zeitpunkt des Absturzes der zweiten Maschine, die Instandsetzungsgruppe aus Dresden auf dem syrischen Flugplatz war. Danach hatte der Pilot vergessen, die Kanzel mit dem Schiebedach fest zu verschließen und bemerkte dies beim Start. Beim Aufsteigen versuchte er mit einer Hand, das Schiebedach zu schließen, verlor die Gewalt über die Maschine und stürzte ab, wobei er tödlich verletzt wurde.

In Dresden wurde klar gestellt, daß zum Zeitpunkt der Reparatur ein Bulletin mit der Festlegung einer besonderen ~~Abdichtung~~ Abdichtung der Kanzel nicht vorhanden war. Demzufolge wurden die syrischen Maschinen ebenso wie die Mig der NVA instandgesetzt. Seitens der NVA gab es keine Vorkommnisse. Die syrische Maschine war vor ca. einem Jahr instandgesetzt worden, deshalb kann der Absturz nicht auf eine Arbeit der DDR zurückgeführt werden. Es gab dieserhalb auch keine offizielle Reklamation Syriens.

Es ist festzustellen, daß seit einiger Zeit jedoch ein Bulletin herausgegeben wurde, in welchem die Kanzel abgedichtet wird. Um allen Problemen aus dem Wege zu gehen, sind Monteure des Werkes Dresden entsandt worden um eine Überprüfung vorzunehmen.

Hauptabteilung XVIII/AG 1
erh. Hptm. Kammel

Berlin, den 12. 12. 78
IMS "Kaufmann"

BStU 000141

Betr.: Vorkommnis in Syrien

Vom 28.10. bis 1.11.78 weilten in Syrien Oberst Anders, Gen. Libera vom ITA sowie Mitarbeiter von Pinnow und KSD. Nach vorliegender unzureichender Information, die nicht überprüft werden konnte, sollen die Syrier~~er~~ mitgeteilt haben, daß eine Maschine Nr. 7602 abgestürzt sei. Sie sei abgeschmiert, nachdem sich der Pilot katapultiert hatte. Die DDR habe diese Maschine instandgesetzt. Sie ist ein knappes Jahr geflogen und vor Ablauf der Garantie abgestürzt. Es sind Beanstandungen ausgesprochen, daß angeblich die

Bulletins Nr. 08 100 243 /B
08 100 273 /B

nicht beachtet worden sind.

Es wird DDR-seitig vermutet, daß diese Bulletins in der DDR nicht vorhanden sind.

Nach syrischen Angaben sollen die Kabinendächer nicht abgedichtet und verklebt worden sein nach der Instandsetzung.

Laut Vertrag sind die syrischen Flugzeuge wie die DDR-Flugzeuge instandzusetzen. Es ist jedoch möglich, daß für bestimmte Länder andere Bestimmungen oder technologische Vorschriften gelten.

Eine Prüfung sollen Oberst Möller und Oberst Anders in Dresden vornehmen.

Auf dem Flughafen in Syrien soll Oberst Anders eine weitere, jedoch sehr vage Information erhalten haben, derzufolge eine weitere Maschine abgestürzt sein soll, die von der DDR instandgesetzt wurde.